

# Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 50  
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,  
13. Dezember 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. In Bezugs durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Becken 60, 16, Am Köpenicker Park 2.  
Telefon: Amt Sannowitz 62 48.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet.  
Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.  
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

## Brünings Finanzreform.

Von Wilhelm Reil.

Der Reichstag ist seit dem 3. Dezember wieder versammelt. An den ersten Tagen schien es so, als ob die wüsten Standaljszenen, die der ersten kurzen Tagung des neugewählten Reichstages Mitte Oktober das Gepräge gaben, diesmal vermieden werden sollten. Man vermutet, daß die Jünger vom Hakenkreuz die Botsung aus München bekommen haben, sich anständiger zu betragen. Die Hitler-Partei will an die Macht; ihre Reichstagsfraktion muß daher ihre Regierungsfähigkeit beweisen. Der Parteibefehlshaber Hitler speist nicht nur bei Bank- und Börsenfürsten, er hält auch Vorträge vor Großunternehmern und dergleichen erlauchten Kreisen, und sein Finanztheoretiker Feder verwahrt sich im Reichstag unter dem stürmischen Beifall der Sozialdemokraten dagegen, daß die national-sozialistische „Arbeiter“partei mit Sozialismus irgend etwas zu tun habe. Das alles sind Zeichen der Zeit, die nicht nur dem irreführenden Arbeiter ein Licht aufstecken, die vielmehr auch die Beachtung aller politischen Kreise verdienen. In den Stunden, in denen diese Zeilen durch die Druckpresse gehen, werden im Reichstag Entscheidungen fallen, die Klarheit darüber bringen, in welcher Richtung sich der Kurs der Reichspolitik in der nächsten Zukunft bewegen soll.

### Um die Notverordnung vom Juli.

In der Oktobertagung des Reichstages hatte es sich darum gehandelt, was mit der hartumstrittenen Notverordnung vom 26. Juli geschehen soll. Soll sie unverändert bestehen bleiben, soll sie glatt aufgehoben, soll sie geändert werden? Die Sozialdemokratie hat diese Verordnung im Wahlkampf aus verfassungsrechtlichen und sozialen Gründen scharf bekämpft. Hätte sich die Mehrheit der Wählerschaft hinter die Sozialdemokratie gestellt, so wäre im neuen Reichstage nichts einfacher gewesen, als die Notverordnung sofort aufzuheben und zu ersetzen durch auf parlamentarischen Wege zu treffende Maßnahmen, die den Bedürfnissen der Arbeiterklasse gerecht werden. Da jedoch infolge der politischen Verwirrung, die von links und rechts in die Arbeiterklasse getragen wurde, nur ein Viertel der Wähler die Politik der Sozialdemokratie unterstützt hat, wäre wohl die Aufhebung der Notverordnung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, nicht aber die sofort notwendige Ersetzung ihrer Bestimmungen durch verbesserte Regelungen möglich gewesen. Als Folge hätten sich ergeben die sofortige Zahlungsunfähigkeit der Arbeitslosenversicherung, die Willkür und Anarchie in der öffentlichen Verwaltung, weil die Aufhebung auch die Außerkräftsetzung des Reichsetats bedeutet hätte, und schließlich der Zusammenbruch in Staat und Wirtschaft. Dem hat die Sozialdemokratie vorgebeugt, indem sie die Verweisung der Notverordnung an einen Ausschuss durchsetzte und hier in wochenlangen Verhandlungen um ihre Verbesserung kämpfte. Der Kampf war nicht ohne Erfolg. Die Regierung Brüning mußte ihre frühere Erklärung, daß die Notverordnung unabänderlich sei, preisgeben und in ganz erhebliche Änderungen einwilligen. Hauptächlich wurde um die durch die Notverordnung eingeführte Arzt- und Arzneigebühr der Krankenversicherten gekämpft. Die völlige Beseitigung dieser Gebühr war leider nicht zu erreichen, wohl aber wurden weitgehende Einschränkungen durchgesetzt.

Die Arztgebühr ist in Wegfall genommen für alle durch Erwerbslosigkeit, Invalidität, Berufsunfähigkeit, Berufsunfall oder Kriegsbeschädigung ganz oder teilweise arbeitsunfähig gewordenen Personen. Ebenfalls werden Befreiungen gewährt bei übertragbaren Krankheiten, Geschlechtskrankheiten usw. Von besonderer Wichtigkeit ist noch, daß auch bei Erkrankungen mit mehr als zehntägiger Arbeitsunfähigkeit die Gebühr aufgehoben werden kann. Diese sämtlichen Befreiungen

gelten auch für die Arzneigebühr. Eine Reihe weiterer Verbesserungen der Krankenversicherung, die hier nicht aufgezählt werden können, kommen hinzu. Dabei ist von Bedeutung, daß die gesenkten Krankenkassenbeiträge nicht wieder erhöht werden.

Ähnliche Verbesserungen wurden auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung erreicht. Die seither von der Unterstützung grundsätzlich ausgeschlossenen Jugendliche vom 16. bis 17. Lebensjahr werden wieder in ihre Rechte eingesetzt. Die Anwartschaft auf ungekürzte Unterstützung, die bei allen Versicherten bisher davon abhängig war, daß eine Beschäftigung von 52 Wochen in einem Jahr nachgewiesen wurde, wird jetzt erworben, wenn die Beschäftigung von 52 Wochen sich auf zwei Jahre erstreckt. Der Versicherte ist ferner gegen den Mißbrauch geschützt, daß der Unternehmer geringere Beiträge abführt als er dem Arbeiter einbehält, der Anspruch auf Unterstützung bemißt sich immer nach dem einbehaltenen Beitrag.

Endlich ist die sogenannte Bürgersteuer ihres rohen Charakters als allgemeiner Kopfsteuer entkleidet worden. Steuerpflichtig bleiben nur Personen, die auf eigene Rechnung leben, befreit im wesentlichen sind alle die Schichten, für die die Arzt- und Arzneigebühr aufgehoben ist. Die Staffelung der Bürgersteuer hat infolge einer Verbesserung erfahren, als der Höchstbetrag für die großen Einkommen von 1000 auf 2000 Mk. erhöht worden ist, die neben der bis zu 40 Prozent ansteigenden Einkommensteuer zu zahlen sind. Auch die Einkommensteuer ist unter dem Druck der Sozialdemokratie von 2½ auf 10 Prozent erhöht worden. Ein von der Sozialdemokratie eingebrachter Gesetzesentwurf, der 20 Prozent verlangt, harret noch der Erledigung.

### Eine neue Notverordnung.

Nun hat die Regierung die gemachten Zugeständnisse auf demselben Wege in Kraft gesetzt wie ihre erste Verordnung, nämlich durch eine neue große Notverordnung vom 1. Dezember, die zugleich das ganze Finanzsanierungsprogramm enthält, das seit vielen Wochen Gegenstand der Diskussion ist. Sie hat diesen Weg gewählt, weil sie die Hoffnung aufgegeben hat, die parlamentarische Mehrheit für das umfangreiche Gesetzeswerk, das 28 Einzelgesetze umfaßt, zu finden. Wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß heute angesichts der Massennot und der veränderten Machtverteilung im Reichstag andere Verhältnisse sind als vor fünf Monaten, so bestehen doch ernsthafte Bedenken gegen die Umgehung des parlamentarischen Weges. Aber die Regierung konnte sich nicht einmal auf die hinter ihr stehende Minderheit verlassen. Die rechtsgerichtete Landvolk- und die Wirtschaftspartei waren bereits von ihr abgefallen und auch bei der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum gab es Schwierigkeiten in Einzelfragen.

Der Reichstag hat nun wieder zu entscheiden über die Aufhebung dieser neuen Notverordnung, die von den Kommunisten im trauten Verein mit den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei verlangt wird. Die Entscheidung wird getroffen sein, bis diese Zeitung in die Hände der Leser kommt. Wie sie ausfallen wird, läßt sich bei der Unsicherheit der Mehrheitsverhältnisse nicht voraussagen. Die Sozialdemokratie wird ihre Hand nicht dazu bieten, daß die sozialen Erfolge, die sie erreicht hat, wieder aufgehoben werden. Sie hat aber im übrigen am Inhalt der neuen Notverordnung vieles auszusagen und wird durch eigene Gesetzesentwürfe viele ihrer Bestimmungen zu verbessern suchen.

### Was enthält die neue Verordnung?

Neben den Verbesserungen der alten enthält die neue Notverordnung, die 87 Seiten des Reichsgesetzblattes füllt, eine solche Fülle von Neuregelungen des deutschen

Finanzwesens, daß sie hier im einzelnen auch nicht andeutungsweise beleuchtet werden können. Eine fehlerhafte Finanzpolitik, die der alte Bürgerblock schon vom Jahre 1925 an getrieben hat, führte in Verbindung mit der Wirtschaftskrise zu einem Finanzelend des Reichs, der Länder und besonders der Gemeinden, das zurzeit größer ist als je. Scharfe Eingriffe sind daher geboten. Die erste Voraussetzung für die Milderung und Überwindung der Wirtschaftskrise mit ihrer beispiellosen Arbeitslosigkeit sind gesunde Finanzen. Von ihnen hängt das Vertrauen zur Währung und zur Kreditwürdigkeit Deutschlands ab. Auch gegen die Kapitalflucht, die zur Verschärfung der Krise viel beigetragen hat, gibt es kein wirksameres Mittel als die Schaffung einer soliden Grundlage der Reichsfinanzen.

Sind so alle Volksteile an einer Gesundung der Reichsfinanzen interessiert, so entsteht die Frage, ob die angewandten Mittel zum Ziele führen und ob den berechtigten Forderungen der einzelnen Schichten und Klassen des Volkes Rechnung getragen ist. Hier erweckt nun das Programm Brünings lebhaften Zweifel. Vor allem ist zu fürchten, daß der Rückgang an Steuereinnahmen größer sein wird, als die Regierung annimmt, und daß auch die Ausgaben noch weiter wachsen werden. Hinzu kommt, daß das Programm im wesentlichen nur fürs Reich sorgt, die Länder und Gemeinden dagegen ihrem Schicksal überläßt, obgleich auch sie vom Rückgang der Steuereinnahmen und von der Mehrbelastung, insbesondere für die Unterstützung der rapid wachsenden Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, schwer betroffen werden.

Einen Hauptpfeiler des Finanzprogramms stellt die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 4½ auf 6½ Prozent dar, wovon 3½ Prozent (statt seither 2½ Prozent) auf die Arbeiter entfallen. Die Arbeitslosenversicherung soll sich selbst decken. Dieser Grundsatz kann von uns in Zeiten schärfster Krisen nicht anerkannt werden. In solchen Zeiten hat das Reich einzugreifen.

Mit einem Milliardendefizit ist trotz dieser Regelung auch im Rechnungsjahr 1931 zu rechnen. Zur Ausgleichung dieses Defizits soll der fünfprozentige Zuschlag zur Einkommensteuer für Steuerpflichtige mit mehr als 8000 Mk. Jahreseinkommen, der im Jahre 1930 als „einmalige“ Abgabe erhoben wird, 1931 erneut zur Erhebung gelangen. Auch die besondere Ledigensteuer soll bestehen bleiben. Die Beamtenbeihilfe wird von 2½ auf 6 Prozent erhöht und auf das Jahr 1931 ausgedehnt. Ferner ist eine erneute Erhöhung der Tabaksteuer erfolgt. Schließlich sieht das Programm noch eine Kürzung der Steuerüberweisungen des Reiches an die Länder um 100 Millionen vor.

Die schwersten Bedenken müssen auch erhoben werden gegen einen anderen Bestandteil des Programms. In derselben Zeit, in der die Steuereinnahmen nirgends ausreichen, werden Steuererhöhungen vorgenommen, und zwar bei der Gewerbesteuer um 20 Prozent, bei der Grundsteuer um 10 Prozent. Das bewirkt einen Einnahmeausfall von 320 Millionen. Den Ausgleich will man herbeiführen durch Einschränkung der seither dem Wohnungsbau zugeflossenen Erträge der Hauszinssteuer um 400 Millionen, wovon 80 Millionen für einen Ausgleichsfonds verwendet werden sollen. Diese Regelung steht im kräftigsten Widerspruch zu den auf die Belebung der Wirtschaft abzielenden Bestrebungen der Regierung. Denn wenn künftig statt 300 000 nur noch 165 000 Wohnungen jährlich mit Hilfe öffentlicher Mittel gebaut werden, so muß das unweigerlich zu einer Einschränkung der Bautätigkeit und Vermehrung der Arbeitslosigkeit führen. Eine weitere Wirkung wird ein verlangsamtes Tempo in der Beseitigung der Wohnungsnot sein.

Auf die Arbeiterklasse nimmt das Programm wenig Rücksicht. Warum verwandelt die Regierung Brüning nicht das private Zigarettenmonopol einiger großer Konzerne in ein Staatsmonopol, das große Überschüsse

abwerfen könnte? Warum erhöht sie nicht den Zuschlag zur Einkommensteuer bei den Einkommen über 8000 M. von 5 auf 10 Prozent? Warum widersteht sie sich der Lantiensteuer von 20 Prozent, die in der Vorkriegszeit schon bestand? Warum verzichtet sie auf die schärfere Anspannung der Erbschaftsteuer? Antwort: Weil die Regierung eine rein bürgerliche ist, die einseitig den Interessen des Bürgertums Rechnung trägt und weil die deutsche Wählerschaft den Einfluß der Sozialdemokratie im Reichstag geschwächt hat.

Dank dieser Schwächung ist fortlaufend mit der Gefahr einer Rechtsdiktatur zu rechnen, die man nicht vergleichen darf mit den seitherigen Rechtsregierungen. Eine von den Satenkreuzern geführte Rechtsdiktatur würde die allergrößten innen- und außenpolitischen Gefahren heraufbeschwören, die zum Bürgerkrieg und zur Katastrophe führen müßten. Die Politik der Sozialdemokratie ist darauf gerichtet, diesen Gefahren vorzubeugen und aus der gegenwärtigen Situation für die Arbeiterklasse herauszuholen, was irgend möglich ist, bis der Zeitpunkt gekommen ist, an dem den von den Nationalsozialisten mißbrauchten Proleten die Augen aufgehen und der Satenkreuzspieß verschleudert wird.

### Bauernnot, Wirtschaftslage und Ostpreußenhilfe.

Von H. Quallo, Königsberg i. Pr.

Bauernrevolten in Ostpreußen, entrollte schwarze Fahnen, belagerte Gerichte bei Zwangsversteigerungen, tödliche Angriffe gegen Richter, Zeugen und Polizei bei den Zwangsverfahren, Naziagitatoren landauf, landab — das war der Extrakt der tagelangen Verhandlungen vor dem Königsberger Schwurgericht anlässlich des sogenannten Bauernnotprozesses, der seinen Abschluß am 5. November d. J. darin fand, daß einige der Hauptkrafte zu Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten, natürlich unter Bewährungsfrist, verurteilt wurden.

In welcher demagogischen Art und Weise gegen das Reich, insbesondere gegen die preußische Regierung in den ganzen Jahren gehegt wurde, zeigt folgendes Beispiel:

Unter den Verurteilten befindet sich auch ein Herr v. Weiß in Gr. Plauen, Aufsichtsratsmitglied der deutschnationalen „Ostpreußischen Zeitung“ und Besitzer von 750 Hektar Land. Dieser famose Junker erhielt im Jahre 1928 eine Umschuldungshypothek (Ostpreußenhilfe) von 317 100 M., dazu eine nicht rückzahlbare Beihilfe aus dem Betriebserhaltungsfonds von 55 000 M., zusammen also aus öffentlichen Mitteln 372 100 M. Ein ganzes Jahr lang kimmert er sich weder um Zinsbeschaffung noch um Abtragung dieser Summe. Er soll nicht nur eine wochenlange Familienreise nach Italien unternommen, sondern auch seiner Tochter ein monatliches Taschengeld von 2000 M. zur Verfügung gestellt haben. Nach Jahr und Tag, als diese Luderwirtschaft nicht mehr ging, kam der Besitz zur Zwangsversteigerung und soll in die Hand der Tochter übergegangen sein zu einem Preise von 125 000 M. Der Staat, die Steuerzahler sind um Hunderttausende geprellt worden!

Aus dieser Luderwirtschaft mancher Großagrarien darf natürlich nicht geschlossen werden, daß der bäuerliche Stand auf Kufen gebettet sei. Die Zahl der landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen stieg von 0,35 von Tausend im Jahre 1913 auf 3,59 im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929. Der Reichsdurchschnitt betrug gleichzeitig 0,21 und 1,57. In Ostpreußen geht es aber nicht nur der Landwirtschaft schlecht. Bei den gewerblichen Betrieben stieg die Zahl der Konkurse von 3,9 pro Tausend im Jahre 1913 auf 30,8 in den Jahren 1925 bis 1929. Für das ganze Reich lauten die entsprechenden Zahlen 3,2 und 17,8. Daß die Zahl der gewerblichen Konkurse größer ist, kommt daher, daß die Kredite der Landwirtschaft, insbesondere durch die Ostpreußenhilfe, in Hypotheken stabilisiert wurden.

Diesem allgemeinen Notstand abzuwehren, war das Bestreben aller Reichsregierungen sowie der Preußenregierung. Insgesamt sind vom Reich in den Jahren von 1926 bis 1929 an Sonderleistungen für Ostpreußen 259 387 720 M. aufgebracht worden. Der Staat Preußen, lange nicht so finanzkräftig wie das Reich, da er an Einnahmen nur die Grundvermögensteuer hat und im übrigen auf die Anteile der Reichssteuer angewiesen ist, hat trotzdem in den letzten Jahren geradezu Ungeheuerliches für Ostpreußen geleistet. Seine Sonderaufwendungen übersteigen allein das Steuerentkommen in Ostpreußen um ein erhebliches. Es wurden an Beihilfen, Krediten und Sonderleistungen insgesamt 233 314 000 M. gezahlt.

Diese beachtlichen Summen sind größtenteils der Landwirtschaft zuerteilt worden, allerdings in der Weise, daß man den Kleinbauern fast völlig ausschaltete. Zu der gleichen Zeit, als der Anteil der Besitztümer von Weiß die Riesensummen sich zu verschaffen wußte, sah die Verteilung der Ostpreußenhilfe so aus:

17 Großgrundbesitzer mit 176 110 Hektar Fläche	41 658 400 M.
21 bäuerliche Betriebe mit 175 876 Hektar Fläche	11 640 700 M.

Millionen dieser Gelder sind verlorengegangen. Um solchen Zuständen ein Ende zu machen, beantragte im Jahre 1929 die sozialdemokratische Fraktion im ostpreußischen Provinziallandtag, in die Kommission zur Verteilung der nach Ostpreußen gelangenden Reichs- und Staatsmittel auch Vertreter der Arbeiter hineinanzunehmen. Dieser Antrag wurde von der Reichsregierung abgelehnt.

Die einseitigen Subventionen an die Landwirtschaft wurden auch den übrigen Wirtschaftskreisen zu hurt, so daß am 10. Mai 1930 von den ostpreußischen Organisationen der Industrie, Handel und Handwerk eine gemeinsame Eingabe an die Mitglieder des Preußischen Staatsrates gerichtet wurde, in der es u. a. heißt: „Bei aller Anerkennung der großen Bedeutung der Landwirtschaft für Ostpreußen muß unbedingt erwartet werden, daß nicht nur bei allen für sie geplanten Maßnahmen jede Rücksicht auf die Interessen der übrigen ostpreußischen Wirtschaftszweige genommen wird, sondern daß ferner darüber hinaus Industrie, Handel und Handwerk endlich unmittelbar in den Genuß von Hilfsmaßnahmen gelangen, die das bisherige, völlig unzureichende Maß weit übersteigen.“ In der Eingabe werden insbesondere sofortige umfassende Maßnahmen auf dem Gebiete der Steuer- und Lastensenkung gefordert.

Im Forderer sind die Agrarier weniger blöde. Am 5. Juni richtete der Landwirtschaftsverband an die Reichsregierung und an die Preußische Staatsregierung ein Telegramm, in welchem die dringende Forderung erhoben wird, „durch Niederschlagung der Steuern und Übernahme der Soziallasten mit sofortiger Wirkung der Gefährdung des Ostprogramms noch vor seiner Verabschiedung Einhalt zu tun“.

Fast zu der gleichen Zeit wurde an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen eine Eingabe gerichtet, in welcher der Landeshauptmann der Provinz, der Ostpreußische Landtag und der Landtag sowie die Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern bitten, dafür einzutreten, „daß von den größeren Reichssteuern, und zwar der Einkommen- und Körperschaftsteuer, Vermögens- und Umsatzsteuer, in Ostpreußen bis auf weiteres die Hälfte un erhoben bleibt“. Bei den Verhandlungen vor dem Oberpräsidenten haben die Vertreter der freien Gewerkschaften im Gegensatz zu dem Interessentenhaufen diesen Antrag abgelehnt. Damit ist derselbe zunächst gefallen.

Im Rahmen der Osthilfe soll Ostpreußen im Etatjahr 1930/31 wie folgt bedacht werden:

Frachtsenkung	10 000 000 M.
Senkung der Grundvermögensteuer	13 000 000 M.
Senkung der Gewerbesteuer	7 000 000 M.
Für Bahnbauten	10 000 000 M.

Im übrigen soll bei den besonderen Zuwendungen des Reiches und des Staates wie folgt verfahren werden: Im Gegensatz zu den bisherigen Richtlinien gibt es jetzt keine Kreis- und Provinzialkreditauschüsse mehr, sondern es existiert bei der hiesigen Landstelle nur noch ein Beirat, der über die eingegangenen Anträge auf Gewährung eines Umschuldungsdarlehens zu beraten hat. Diesem Beirat gehören an der Oberpräsident, der Präsident des Landesfinanzamtes, der Landeshauptmann, der Präsident der Landwirtschaftskammer und Vertreter der Gläubiger und Schuldner. Wie bisher, wird bei der Umschuldung ein Unterschied gemacht zwischen Eigenbetrieben und Pachtbetrieben. Bei den Eigenbetrieben werden, soweit Großbetriebe in Betracht kommen, die Verhandlungen von der Landesstelle geführt, bei den Mittel- und Kleinbetrieben führt der Landrat die zur Durchführung der Umschuldung erforderlichen Verhandlungen. Bei der Stellung von Anträgen auf Gewährung von Umschuldungsdarlehen soll nach Möglichkeit ein örtliches Kreditinstitut beteiligt werden. Dieses sogenannte „Zubringerinstitut“, das die Umschuldungsdarlehen im einzelnen vermittelt, muß eine Mitlastung bis zu 20 Prozent des Umschuldungsdarlehens übernehmen.

Wie wir als Gewerkschaften zu dem gesamten Komplex der Osthilfe stehen, ist in der Entschliebung auf der Konferenz in Schneidemühl am 17. Mai 1930 zum Ausdruck gebracht worden. Diese Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

„Die am 17. Mai 1930 in Schneidemühl versammelten Gewerkschaftsvertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus den preußischen Ostprovinzen erwarten, daß die vom Reich und Preußen zur Linderung und Aberwindung der Not im Osten vorgeesehenen Mittel und Maßnahmen nach einheitlichen, sachlich-wirtschaftlichen Gesichtspunkten richtig angelegt und zweckentsprechend verwandt werden.“

Die erforderliche Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf die veränderten Bedürfnisse des Marktes, mit der das Gedeihen von Handel und Gewerbe untrennbar verbunden ist, muß allgemein in Fluß kommen und schnell durchgeführt werden. Die Not des deutschen Ostens ist in ihren gesamten Ursachen zu bekämpfen. Zollpolitische Maßnahmen allein treffen diese Ursachen nicht. Aberseigerter Zölle verteuern die Lebenshaltung, schwächen die Kaufkraft, hemmen den wirtschaftlichen Fortschritt und erschweren Produktion und Absatz landwirtschaftlicher Waren. Der Landwirtschaft ist zu helfen durch Verbesserung der Betriebsmethoden, der Warenqualität, durch Förderung des Absatzes, Schaffung neuer Absatzwege und Verbesserung des Verkehrsnetzes. Die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sind durch Aufbau landwirtschaftlichen Bildungswesens und zweckentsprechende Aufklärung auf diese ihre besondere Aufgabe einzustellen. Insbesondere muß die Gesamtbevölkerung durch eine vernünftige, auf Hebung der Kaufkraft hingzielende Lohnpolitik und durch verantwortungsvolle Mitarbeit in den Selbstverwaltungskörpern von der wirtschaftlichen Bedeutung ihrer Aufgaben und ihrer geschichtlichen Tragweite überzeugt werden.

Mit der Subventionspolitik allein, die z. B. im Rahmen der Ostpreußenhilfe wirkliche Besserung vorbereiten, muß gebrochen werden. Die Hilfsmaßnahmen muß nach ihrer ganzen Natur und Art eine Gesundung des gesamten Wirtschaftslebens zum Ziel haben. Die künstliche Aufrechterhaltung von Betrieben ist abzulehnen. Landwirtschaftliche Betriebe, die in ihrer jetzigen Form nicht zu halten sind, sind der bäuerlichen Siedlung einschließlich Landarbeiter-Siedlung zuzuführen.

Die geplante Umschuldung darf nur lebensfähige Betriebe erfassen. Die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen ist einer sachkundigen unparteiischen Stelle zu übertragen, zu der auch die deutsche Arbeiterschaft Vertrauen haben kann. Eine Überorganisation ist nur geeignet, Verluste zu bringen, das Hilfswerk zu erschweren und zu gefährden. Sie ist deshalb abzulehnen.“

Die Arbeiterschaft Ostpreußens verlangt produktive Arbeit, denn nur durch diese kann die Wirtschaftslage gehoben werden.

### Wirtschaftliche Tatsachen.

Die unrentable Wirtschaft?

„Dividendensteigerungen trotz Wirtschaftsdepressionen zeigen, daß der Pessimismus zu einem sehr erheblichen Teil stimmungsmäßig begründet ist“, schreibt mit Recht eine Berliner Montagszeitung. Wir wollen für die Richtigkeit dieser Auffassung einige Tatsachen sprechen lassen, die klarer als viele Worte zeigen, daß es nicht so schlimm ist wie es in der Unternehmerpresse und von den Unternehmerverbänden aus durchsichtigen Gründen dargestellt wird.

Das Bankhaus Gehr. Krenhold hat eine Untersuchung über den Umfang der Dividendenveränderungen vorgenommen. Es handelt sich um die Abschlüsse von etwa 142 Unternehmungen für das Geschäftsjahr 1929/30, also für eine Zeit, die von dem Wirtschaftsniedergang bereits voll erfaßt wird. Im ganzen verteilten

38 Gesellschaften	0 Prozent Dividende
17 Gesellschaften	1 Prozent bis 5 Prozent Dividende
41 Gesellschaften	6 Prozent bis 9 Prozent Dividende
40 Gesellschaften	10 Prozent bis 14 Prozent Dividende
6 Gesellschaften	über 14 Prozent Dividende

87 Gesellschaften, also weit über die Hälfte, verteilten demnach eine Dividende von 6 bis 14 Prozent.

Der Röbner-Konzern hat im Geschäftsjahr 1929/30 seinen Gewinn bedeutend gesteigert. Seine Motorenfabrik Deug steigerte ihre Abschreibungen von 1 003 000 auf 1 035 000 M. und erhöhte den Reingewinn von 393 000 auf 666 000 M. Die Dividende erhöhte sich von 3 auf 5 Prozent. Seine Motorenfabrik Oberursel bringt bei einem Reingewinn von 705 000 M. eine Dividende von 10 Prozent. Die Humboldt-WG., mit einem Kapital von 12,75 Millionen Mark, erhöhte ihre Abschreibungen von 975 000 auf 1 034 000 M. und den Reingewinn von 590 000 auf 1 000 000 M.

Die Gute-Hoffnung-Gütte (Nürnberg) verteilte bei einem Reingewinn von 8 407 141 M. gegenüber 5 502 254 M. eine Dividende von 10 Prozent.

Von 1924 bis 1929 hat der Siemens-Konzern seine Dividendenbeträge von 10,8 auf 25 Millionen Mark, also um rund 150 Prozent, erhöht.

Die Norddeutschen Kabelwerke haben ihre Dividende von 1927 bis 1929 von 8 auf 12 Prozent erhöht; andere Berliner Werke zahlten 9 bis 10 Prozent, der Siemens-Konzern 14 Prozent.

### Merkmale der Rationalisierung.

Für den gesamten Maschinenbau in Deutschland wurde der Produktionswert des Jahres 1925 mit rund 2,9 Milliarden Mark angegeben bei 790 000 Beschäftigten. Bis zum Jahre 1929 stieg der Produktionswert auf 4,9 Milliarden oder um rund 68 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten ging gleichzeitig dauernd zurück und betrug Ende 1929 rund 550 000 oder 240 000 weniger als im Jahre 1925. Dieses Ansteigen des Produktionswertes bei gleichzeitigem Rückgang der Beschäftigtenzahl bedeutet, daß die Leistung der einzelnen Arbeiter seit 1925 in der Maschinenindustrie um mehr als 130 Prozent gestiegen ist. Dabei darf man freilich nicht den Fortschritt in der Technisierung übersehen. Die technische Entwicklung hätte die Warenpreise unter den Preisstand von 1913 zwingen müssen.

In der Elektroindustrie ist der Produktionswert im Jahre 1928 rund 3,1 Milliarden bei 390 000 Beschäftigten; im Jahre 1929 stieg der Produktionswert auf 3,4 Milliarden, die Beschäftigtenzahl aber sank auf 380 000. Das bedeutet von einem Jahr zum anderen eine Leistungssteigerung um rund 13 Prozent.

Bei den Osram-Werken hat sich in der Zeit vom Januar 1920 bis Januar 1929 die Arbeiterzahl von 13 484 auf 9093, also um 55 Prozent, vermindert. In dem gleichen Zeitraum vermochten die Osram-Fabriken die Lampenproduktion von 5 092 427 auf 10 341 841 Stück, mithin um 103 Prozent, zu steigern. Die Produktion betrug 1920 je Arbeiter 3702; im Jahre 1929 war sie auf 11 035 gestiegen. Es ist somit eine Verdreifung der Produktion eingetreten.

### Ford gegen die deutschen Unternehmer.

Henry Ford stellt in seiner neuesten Veröffentlichung folgende Grundforderungen für die Wirtschaft auf:

1. Eine ständig wachsende, große Menge von Waren der denkbar besten Qualität auf die beste und wirtschaftlichste Art herstellen und sie auf den Markt bringen.
2. Ständig nach höherer Qualität und niedrigeren Verkaufspreisen sowie niedrigeren Herstellungskosten streben.
3. Allmähliche, aber dauernde Hebung der Löhne — nie jedoch eine Beschneidung der Löhne.
4. Die Waren auf die wirtschaftlichste Art dem Konsumenten zugänglich machen, so daß er in den Genuß der Wohlstanen geringer Produktionskosten tritt.

Es ist die Pflicht eines Fabrikanten, ständig die Preise herab- und die Löhne heraufzusetzen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Pflicht der Öffentlichkeit gegenüber. Der Fabrikant ist sich selber schuldig, denn nur auf diese Weise vermag er sein Unternehmen zu kontrollieren.

### Die Lohnabbau-Epidemie.

Die von den Zentralen des Unternehmertums eingeleitete Aktion zur Senkung der Löhne ist in vollem Gange. Von der Herabsetzung der Akkordlöhne, von der Kürzung und Beseitigung der Leistungszulagen spricht man gar nicht mehr, obwohl schon dadurch allein eine wesentliche Senkung des Lohnniveaus herbeigeführt wurde. Die Tarifföhne sollen herabgesetzt werden. Die Tarifkündigungen zum Zwecke der Lohnsenkung sind so zahlreich, daß man den entsprechenden Nachrichten kaum noch folgen kann. Es gibt wohl keinen Berufszweig, der von der Lohnsenkungsepidemie verschont geblieben ist. Dabei kann man beobachten, daß den Unternehmern der Appetit beim Essen kommt. Immer phantastischer werden die Forderungen. Man bleibt nicht bei dem Verlangen von 10 oder 15 Prozent Abzug stehen, Forderungen auf Senkung der Löhne um 20, 25 und mehr Prozent sind keine Seltenheit mehr. Wenn man näher zusieht, kann man erkennen, daß für die Höhe des den Arbeitern angebotenen Abzuges die Stärke der Gewerkschaften nicht ohne Einfluß ist. Dort, wo infolge der Schwäche der Organisation die Löhne der Arbeiter an sich schon niedrig sind, sind die Abbauforderungen oft geradezu unerschämte.

Die Lohnabbauaktion der Unternehmer hätte nicht dieses riesige Maß erreicht, wenn sie nicht von der Reichsregierung angeregt und so kräftig gefördert worden wäre. Das „unparteiische“ Schiedsgericht, das unter dem Einfluß des Reichsarbeitsministeriums die Löhne der Berliner Metallarbeiter um 8 Prozent herabsetzte, hat zwar nicht bahnbrechend gewirkt, aber es hat die Lohnabbauaktion stark belebt. In der Metallindustrie schwebt eine ganze Reihe größerer Kämpfe zur Abwehr von Lohnabzügen. Wo noch Tarife bestehen, werden sie zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Und wo die staatlichen Schlichtungsbehörden eingreifen, da ist das Ergebnis ein Schiedspruch mit starkem Lohnabbau. Das gilt nicht nur für die Metallindustrie; hier lenken nur die Auseinandersetzungen wegen der großen Zahl der jeweils Beteiligten die Aufmerksamkeit in höherem Maße auf sich. Wo ein Schiedspruch auf Lohnabbau gefällt wird, da dürfen sich die Unternehmer auch versichert halten, daß der Herr Reichsarbeitsminister nicht zögern wird, ihn für verbindlich zu erklären. Das Treiben des an der Spitze des Reichsarbeitsministeriums stehenden „Gewerkschafters“ Stegerwald wird allmählich auch seinen engsten Freunden zu bunt. Inbusch, der Nachfolger Stegerwalds im Vorsitz des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, hat sich bereits genötigt gesehen, den christlichen Ministern zu erklären, daß die christlichen Gewerkschaften keine Regierungsschutztruppe seien.

Diese Unzufriedenheit, die sogar die christlichen Gewerkschaften ergriffen hat, ist um so verständlicher, als in den wenigen Fällen, wo ein Schiedspruch keinen Lohnabbau oder einen solchen in geringem Umfang bringt, wie der vom Lohnamt für das Holzgewerbe gefällte, die Verbindlichkeitsklärung vom Reichsarbeitsminister Stegerwald abgelehnt wird. Dabei tobt sich dieser arbeitserfindliche Kurs nicht nur nach der Richtung aus, daß die Löhne gesenkt werden; auch in der Frage der Arbeitszeit die gleiche Erscheinung. In der Zeit der schwersten Not, als der Kohlenmangel die Grundlage der Industrie bedrohte, haben sich die Bergarbeiter bereit erklärt, länger zu arbeiten. Seitdem haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, Tausende von Bergarbeitern sind arbeitslos, und die allgemein erforderliche Verkürzung der Arbeitszeit ist für die Bergarbeiter besonders dringlich. Der staatlich bestellte Schlichter hat aber einen Schiedspruch gefällt, der das leitherige Arbeitszeitabkommen, das der Bergarbeiter-Verband zum 30. November gekündigt hatte, bis zum 30. September 1931 verlängert. Und der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat sich beeilt, den Schiedspruch, der die Bergarbeiter trotz der großen Arbeitslosigkeit zur Leistung von Überstunden zwingt, für verbindlich zu erklären.

Herr Stegerwald kann aber auch anders. Er hat jetzt die Allgemeinverbindlichkeit des Lohns im Berliner Kartoffelgroßhandel aufgehoben. Damit soll die tatsächlich vorhandene große Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis gesenkt werden. Die Arbeiterlöhne haben allerdings nur einen sehr geringen Einfluß auf die Preise, aber an diesem Beispiel ist deutlich zu erkennen, daß die Preis senkungsaktion, von der die Regierung ein so großes Wesen machte, nur ein Vorwand ist, um die Löhne zu senken. Im vorliegenden Falle kommt noch hinzu, daß die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit nur ein Geschenk für die unorganisierten Unternehmer ist, denen damit die Möglichkeit gegeben ist, die Löhne herabzusetzen; die organisierten Unternehmer sind auch nach Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit an den Tarifvertrag gebunden.

Der Humberg der Preissenkung wird auch auf anderen Gebieten schnell offenbar. Da hat man so viel davon gerühmt, daß in Berlin der Preis für Schweinefleisch um 5 Pf. für das Pfund herabgesetzt sei. Der ist auch auf dem Papier sehr bescheiden, in der Praxis aber müssen die Hausfrauen im Fleischerladen noch mehr zahlen als vorher. Die Herabsetzung des Milchpreises in Berlin von 30 auf 28 Pf. für den Liter hat gerade eine Woche vorgehalten. Dann kamen die Landwirte und forderten für das Liter Milch 2 Pf. mehr als leither. Der alte Preis ist also wieder in Kraft gesetzt worden. Die Handels spanne ist zwar um 2 Pf. verringert, aber den Preis haben nicht die Verbraucher, sondern die Agrarier, getreu dem Grundsatz, daß in Deutschland alle Dinge den Agrariern zum besten dienen.

Man sagt kaum zuviel, wenn man all die schönen Geschichten vom Preisabbau als Märchen be-

zeichnet. Dagegen ist der Lohnabbau eine reale, harte Tatsache. Und sie ist für die Arbeiterschaft um so empfindlicher, als zu der riesigen Arbeitslosigkeit, die immer noch steigt, noch eine Flut neuer Steuern kommt. Es ist verständlich, wenn in solcher Zeit die Arbeiterschaft von Verzweiflungserregung erfaßt wird. Aber wir dürfen uns nicht unterkriegen lassen. Auch in dieser schweren Zeit müssen wir kaltes Blut bewahren und stets daran denken, daß feste Zusammenhalt in den Gewerkschaften das einzige Mittel ist, der Lohnabbau-Epidemie Widerstand zu leisten.

### Wichtige Aufwertungstermine.

Die Reichsregierung hat den Zinssatz für Aufwertungshypotheken ab 1. Januar 1932 auf 7 1/2 Prozent festgesetzt. Von allgemeiner Bedeutung sind auch die neuen Aufwertungstermine, weil deren Nichtbeachtung den Besitzern von Hypotheken, den Vormündern, Nachlasspflegern, Testamentsvollstreckern und Erben großen Schaden bringen kann. Nachstehend veröffentlichen wir die neuen Aufwertungstermine:

Der 3. Januar 1931 ist der letzte Tag, an dem der Gläubiger spätestens zum 31. Dezember 1931 die Hypotheken kündigen kann. Der Gläubiger der aufgewerteten Hypothek und der persönlichen Forderung kann nach § 2 des Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken vom 18. Juli 1930 die Zahlung des Aufwertungsbeitrages von dem Eigentümer oder persönlichen Schuldner vor dem 1. Januar 1935 nur dann verlangen, wenn er schriftlich gekündigt hat. Die Kündigungsfrist beträgt ein Jahr. Sie muß spätestens am dritten Werktag der Frist erfolgen und ist nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres zulässig.

Am 31. März 1931 ist die Frist abgelaufen, bis zu welcher Anträge auf Eintragung der Aufwertung ins Grundbuch in Gold- oder Reichsmark an der gesetzlichen Rangstelle gestellt werden können. In den Grundbüchern gibt es noch eine große Anzahl von Papiermarkrechten, deren Aufwertung noch nicht beantragt worden ist. Auf Grund des Gesetzes zur Grundbuchbereinigung verfallen diese Forderungen der Böschung. Hypothekenbriefe auf Papiermark werden kraftlos. Die Eintragung des Aufwertungsbeitrages im Grundbuch ist kostenlos. Bis zum 31. März 1931 haben ferner die Gläubiger von gelöschten oder abgetretenen Hypotheken die Wiedereintragung der Hypothek oder der Grundschuld zu beantragen; später eingehende Anträge bleiben unberücksichtigt.

Am 2. April 1931 muß die Kündigung der Hypothek zum Ablauf des ersten Kalendervierteljahres 1932 erfolgen.

Der 31. Dezember 1931 ist der erste Kündigungsstermin. Die Kündigung muß bis spätestens zum 2. Januar 1932 erfolgt sein, wenn aus ihr am 31. Dezember 1932 Forderungen geltend gemacht werden sollen.

Am 31. Dezember 1931 werden alle Hypothekenbriefe, die nicht auf Reichsmark lauten, kraftlos. Am 1. Januar 1932 erhöht sich, wie bereits erwähnt, der Zinssatz für Aufwertungshypotheken auf 7 1/2 Prozent. Nach Kündigung einer Hypothek durch den Gläubiger kann der Schuldner binnen dreier Monate den Antrag auf Zahlungsfrist bei der Aufwertungsstelle oder beim Gerichtsschreiber schriftlich stellen. Die Zahlungsfrist kann bis zum 31. Dezember 1934 bewilligt werden. Am 1. Januar 1935 hören alle Schutzbestimmungen auf, die zum Schutze der Schuldner von Hypotheken durch gesetzliche Maßnahmen getroffen worden sind.

Alle in Betracht kommenden privaten oder beamteten Persönlichkeiten werden gut daran tun, diese Aufwertungstermine zu beachten und ihre Papiere daraufhin zu prüfen. Nachlasspfleger, Vormünder usw. können schadenersatzpflichtig gemacht werden, wenn sie die rechtzeitige Wahrnehmung der Termine veräumen, da z. B. Hypotheken, bei denen die Anträge auf Eintragung der Aufwertung ins Grundbuch in Gold- oder Reichsmark an der gesetzlichen Rangstelle nicht bis zum 31. März 1931 gestellt sind, von Amts wegen gelöscht werden.

### Erzbischof und Kapitalismus.

Der Erzbischof von Prag, Monsignore Rordac, hat eine Erklärung veröffentlicht, die ein menschliches Dokument von hohem Wert ist. Manches sehen und beurteilen wir freilich anders als der Erzbischof, in vielen Fragen aber ist er durchaus im Recht. Wir entnehmen seiner Erklärung folgende Stellen:

„Wir leben im Zeitalter des Kapitalismus, der den Pauperismus bewirkt hat, das heißt die allgemeine Verarmung, unter deren Druck die Katholiken genau so leiden wie die Sozialisten und Marxisten. Wir leben im Zeitalter des Egoismus und der Entartung. Diese allgemeine Entartung ist die Auswirkung des unmoralischen und unproduktiven Kapitalismus, der einzelnen Ausbeuter und Spekulanten sowie der Organisierten in Banken und Kartellen. Das ganze Kapital ist die Frucht der produktiven Arbeit der Arbeiterhände und der Intelligenz der Angestellten, und es ist, anstatt dem Fortschritt zu dienen, zu der Hauptursache der Verarmung und der Entartung geworden.“

Auf den ersten Seiten des Alten Testaments ist der Menschheit das wahre wirtschaftliche Gesetz gegeben. Dort steht geschrieben: „Sei Herr und kein Sklave.“ Deshalb herrscht heute keine Ordnung, sondern ein Chaos. Wem dient die ganze menschliche Intelligenz? Dem Kapital allein. Das Kapital hat sich aller Errungenschaften des menschlichen Geistes bemächtigt: technischer Erfindungen, wissenschaftlicher Entdeckungen, neuer Arbeitsmethoden. Alles das, was dem Wohle des Menschen dienen sollte, ist zu seinem Verderben geworden.“

Der arme Mann befindet sich heute in der Gewalt der Ausbeuter, die es nicht anerkennen wollen, daß auch der Armste das Recht auf Leben, auf Brot, auf Kleidung und auf die Familie hat.

Wer kann es heute den Armen sichern, daß ihre Kinder etwas zu essen haben, daß sie nicht genau so Hunger leiden werden wie die Armen heute leiden? Wir leben in der Zeit der historischen Wende, wie es sie seit der Zeit der Völkerwanderung, durch die die griechisch-römische Welt zerschlagen wurde, nicht gegeben hat. Damals entstand aus dem Meer des Blutes das Christentum. Oftmals entstehen große Ereignisse aus blutigen Konflikten. Die Möglichkeit solcher Konflikte ist aber immer in einer menschlichen Gesellschaft vorhanden, die am Höchstenpunkt der Zuspitzung ihrer Antagonismen angelangt ist. Unsere Zeit ist reif für die Weltrevolution. Wenn nicht die Regierenden und die Kapitalisten die Gesetze des Christentums annehmen, wird das rote Meer der Flamme die Welt verwüsten.“

Diese Ausführungen des Erzbischofs von Prag sind besonders deshalb wertvoll, weil in ihnen das Gefühl für den geschichtlichen Ernst unserer Zeit zum Ausdruck kommt. Wir stehen vor einer Zeitenwende: Am Himmel der kapitalistischen Wirtschaft wird für immer größere Teile der Menschheit sichtbar das Wort: Sozialismus. Dem Sozialismus gehört die Zukunft. Das weiß auch der Prager Erzbischof. Auch wenn die Regierenden und die Kapitalisten seinen Ruf erhören würden: der Kapitalismus geht seinem Ende entgegen, ohne und mit Christentum. Der Sozialismus wird die Welt nicht verwüsten, sondern einen Zustand schaffen, in dem „auch der Armste das Recht auf Leben, auf Brot, auf Kleidung und auf die Familie hat“.

### Immer mehr Festungen.

Längs der französischen Grenze baut Frankreich ungefähr 300 kleinere Festungen, abgesehen von einem Duzend Riesenfestungen, wie Metz, Verdun, Befort, die aus der Vergangenheit übernommen und total modernisiert sind. Sene 300 Festungen, in etwa einem Kilometer Abstand von Basel bis an den Armkanal laufend, sind riesige Betonbauten, die gleichwie in die Erde versenkte Türme mit einer stahlgepanzerten Kuppel aus dem Gebirg ausstachen, mit zwei ausgebauten Stöckern aber ins Innere der Erde ragen. Jede Festung hat angeblich 15 000 Kubikmeter Inhalt und kann rund 10 000 Mann aufnehmen. Die Serie von 300 Festungen kann also Zuflucht für drei Millionen Mann sein. Eine ebensolche Reihe wird vom Mittelmeer nach Norden längs der italienisch-französischen Grenze angelegt werden. Man muß den auf solche Weise ausgesprochenen Lebenswillen der Franzosen anerkennen. Sie wollen den heute bestehenden Zustand der europäischen Grenzen ewigen und insbesondere ihre eigenen Grenzen gegen jeden möglichen Angriff schützen.

Der finanzielle Aufwand ist ungeheuer. Er wird im Grunde von Deutschland bezahlt. Niemand kann die Milliarden noch kontrollieren, die Frankreich für seinen „Schutz“ ausgibt. Wäre nicht eine Berichtigung des Versailler Vertrages für Frankreich und für die ganze Menschheit billiger zu bezahlen und leichter zu ertragen? Das muß man sich fragen. In Frankreich gibt es keine Arbeitslosen. Der Lohn der Arbeiter ist reichlich niedrig. Immerhin: wer arbeiten will, findet Arbeit. Da die französischen Arbeiter vollauf bei den Festungsbauten zu tun haben, bleiben für andere Arbeiten zu wenig Kräfte — man ruft ausländische Arbeiter ins Land. Diese und die Elässer sind wesentlich die sich vermehrenden Teile der Bevölkerung. Die einheimische französische Bevölkerung geht unaufhörlich zurück. Mit oder ohne Veröhnung und Grenzberichtigung wird jedenfalls das Gesicht Frankreichs in wenigen Jahren ein anderes werden. Was nützen da die dreihundert Festungen, und wofür sind die Milliarden deutscher Reparationsgelder ausgegeben worden? Ein trauriges und schauriges Kapitel aus der Geschichte der Menschheit!



*Ohnische Brüdner, ohnische Brüggan.*



# Aus dem Verbandsleben



## Tagung des Verbandsrats.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Verbandsrats unseres Verbandes, die der Vorstand auf den 6. Dezember einberufen hatte, stand an erster Stelle die Lohn- und Vertragsbewegung. Von der Lohnsenkungsepidemie, die zurzeit grassiert, sind auch die Unternehmer in den verschiedenen Zweigen der Holzindustrie erfaßt. Nicht nur der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe, der bedeutendste unserer Tarifverträge, ist zum Ablauf auf den 15. Februar 1931 gekündigt, auch sonst sind zahlreiche Tarifverträge für die verschiedenen in unserem Verbandsverband vertretenen Branchen gekündigt oder bereits abgelaufen. Wir stehen also vor einer sehr umfangreichen Tarifbewegung.

Noch zahlreicher als die Tarifkündigungen sind die Kündigungen der Lohnabkommen. Im Holzgewerbe wird bereits seit August dieses Jahres ohne Lohnvertrag gearbeitet, nachdem die zum Mantelvertrag gehörigen Lohnabkommen nicht wieder erneuert werden konnten. Ein vollständiges Verzeichnis der seither gekündigten Lohnabkommen würde eine lange Liste ergeben. Nur wenige der abgelaufenen Lohnabkommen sind erneuert worden.

In seinem einleitenden Referat gab Kollege Schleicher einen ausführlichen Überblick über den Stand der Bewegung. An seine Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Dabei konnte es sich nicht darum handeln, die zu ergreifenden taktischen Maßnahmen in den Einzelheiten festzulegen, aber aus allen Reden ging hervor, daß die vom Vorstand unternommenen Schritte gebilligt werden und daß die Kollegen im Reich dem Verbandsvorstand volles Vertrauen entgegenbringen. Die Kollegenschaft ist sich über die Schwierigkeit der augenblicklichen Lage völlig im Klaren, es besteht aber auch Einmütigkeit darüber, daß dem Ansturm der Unternehmer entschlossener Widerstand entgegenzusetzen werden muß.

Die dann folgende Aussprache über Verbandssangelegenheiten gipfelte in dem Entschluß, nunmehr mit verdoppeltem Eifer für den Ausbau der Organisation zu arbeiten. Die Wankelmütigen müssen in ihrem Vertrauen zum Verband gestärkt, die Außenstehenden für die Organisation gewonnen werden. Wir müssen das Rüstzeug unseres Verbandes vervollständigen, um gewappnet den kommenden Stürmen entgegenzugehen.

## Erkläre mir, Graf Derindur...

Die Unternehmer im bayerischen Sägewerke sind sehr scharf auf Lohnabbau. Für die einzelnen Regierungsbezirke bestehen besondere Lohnabkommen. Hier interessieren uns die Lohnabkommen für die Bezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken und für die Oberpfalz. Beide Lohnabkommen sind von den Unternehmern gekündigt worden. In den drei Frankenkreisen betrug der Vertragslohn an der Spitze, das heißt für Gatterkneider über 22 Jahre, in der Sonderklasse (Rürnberg und Fürth), 95 Pf.; in der Ortsklasse I bis V 92, 82, 76, 71 und 64 Pf. In der Oberpfalz betragen die Spitzenlöhne in den Ortsklassen I bis V 87, 82, 77, 73 und 66 Pf. In beiden Bezirken wurde nach ergebnislosen direkten Verhandlungen vor der Schlichterkammer verhandelt. In beiden Fällen wurde die Schlichterkammer bei der Zweigstelle Nürnberg des Landeschlichters für Bayern gebildet. In beiden Fällen forderten die Unternehmer 20 Prozent Lohnabbau. Beide Male fungierte der stellvertretende Landeschlichter Böhm als unparteilicher Vorsitzender. Für die Frankentreise wurde am 17. November verhandelt. Der Schiedsspruch setzt die jetzigen Löhne wieder in Kraft; sie sollen erst zum 1. Februar 1931 kündbar sein. Für die Oberpfalz wurde zehn Tage später verhandelt. Das Ergebnis war ein wiederum vom stellvertretenden Landeschlichter Böhm unterzeichneter Spruch, der den Spitzenlohn in den Ortsklassen I bis V auf 84, 78, 71, 67 und 60 Pf. herabsetzt. Als eine Herabsetzung der Stundenlöhne um 5 bis 6 Pf., wobei die Löhne in den unteren Klassen weit höher gekürzt werden als in den oberen. Diese Löhne sollen ebenfalls zum 1. April 1931 kündbar sein.

Über die Schiedssprüche an sich ließ sich ja mancherlei sagen. Wir beschränken uns auf die Hervorhebung der Tatsache, daß der gleiche Schlichter in benachbarten Bezirken fast hintereinander so verschiedenartige Sprüche fällt. Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß die Stimme des unparteilichen Vorsitzenden in beiden Fällen ausschlaggebend war, so daß also mit Recht von den Schiedssprüchen des Schlichters gesprochen werden kann. Will man etwa behaupten, daß die Entscheidungen des Schlichters von sachlichen Gründen diktiert waren? Eine solche Behauptung

wird nirgends Glauben finden. Man verlangt Vertrauen zu der Objektivität der Schlichter, durch solche Schiedssprüche wird aber das Vertrauen nicht gestärkt. Aber die Sprüche sind gefällt, und wer will, kann sich den Kopf darüber zerbrechen, wie diese Unstimmigkeit zu erklären ist.

## Den Ältesten zur Ehr'



Jacob Feger, Georg Diethe, Jakob Währinger, Joh. Denzel, Mitgl. seit 1904, Mitgl. seit 1904, Mitgl. seit 1898, Mitgl. seit 1897, Karl Mählesien, Joh. Bitterolf, Karl Benz, Mitgl. seit 1900, Mitgl. seit 1895, Mitgl. seit 1899.

Subilare und langjährige Funktionäre der Verwaltungsstelle Reutlingen.

## Schiedsspruch für die sächsische Sägewerksindustrie.

Der Lohnvertrag für die sächsische Sägewerksindustrie ist von den Unternehmern gekündigt worden. Nachdem die Parteiverhandlungen, in welchen die Unternehmer einen Abbau der Löhne um 15 Prozent forderten, ergebnislos geblieben waren, trat am 27. Oktober das tarifliche Lohnamt unter dem Vorsitz eines Unparteilichen zusammen. Es kam aber zu keiner Entscheidung, vielmehr wurden die Verhandlungen vertagt. Am 17. November wurden sie fortgesetzt, und das Ergebnis war ein Schiedsspruch, nach welchem das seitherige Lohnabkommen bis zum 20. November verlängert wird. Von da an sollen die Tariflöhne um 5 Prozent herabgesetzt werden. Das Abkommen soll bis zum 15. März 1931 gelten. Eine Konferenz der sächsischen Säger beschloß einstimmig, diesen Schiedsspruch abzulehnen.

## Ein Ehrenmann.

Aus Freiburg i. B. wird uns geschrieben: Sehr eigenartige Ehrbegriffe hat der Parteilagermeister Gustav Arzet. Als ihm im vergangenen Frühjahr ein Auftrag des Bauvereins auf Legen von Parkettböden übertragen wurde, unterzeichnete er einen Vertrag, der die Vorschrift enthält, daß den Arbeitern mindestens der Tariflohn gezahlt werden muß und daß nur einheimische Arbeiter beschäftigt werden dürfen, solange solche vorhanden sind. Herr Arzet gehört aber nicht zu den Leuten, die der Meinung sind, daß eine gegebene Unterschrift auch verpflichtet. Statt 2,20 Mk. pro Quadratmeter, die nach dem Ortstarif für das Legen zu zahlen sind, zahlte er nur 1,30 Mk. Dafür stellte er aber auch nur unorganisierte Bodenleger ein, die er zum Teil von auswärtig holte. Der Bauverein reklamierte die Einhaltung des Vertrages, statt dessen ließ Arzet fleißig Überstunden machen, selbstverständlich ohne den tariflichen Zuschlag. Als unsere Ortsverwaltung den Dingen nachging und dabei noch feststellte, daß ein Teil der von Arzet beschäftigten Bodenleger nebenher stampeln ging und die Arbeitslosenunterstützung erhielt, wurde Herr Arzet sehr böse. Er kühlte seine Rachegefühle, und zwar so, wie es Leute seines Schlages zu tun pflegen. Er erzählte, daß er den Deutschen Holzarbeiter-Verband mit einer größeren Summe bestochen habe, damit man ihm nicht so sehr zusehe. Um ihm Gelegenheit zu geben, diese Behauptung zu beweisen, erhob der Geschäftsführer unseres Verbandes gegen Arzet Beleidigungsklage. Vor Gericht leugnete er, doch half es ihm nicht. Als mildernder Umstand wurde ihm die Trunkenheit angerechnet, er kam deshalb mit 15 Mk. Geldstrafe oder 3 Tagen Gefängnis davon. — So sind die Ehrenmänner beschaffen, mit denen sich der Verband hier herumzuschlagen muß.

Mit Lefschman Kufar Kimmur ist aus 50. Wofunbrilowoy föllig

## Das Reichsarbeitsgericht gegen Dr. Schild.

Man könnte es als einen Anachronismus betrachten, daß jetzt, wo der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe gekündigt ist und in kurzer Zeit abläuft, noch um seine Rechtsgültigkeit prozessiert wird. Der Rechtsstreit, der jetzt durch das am 8. Dezember gefällte Urteil des Reichsarbeitsgerichts beendet wurde, ist aber von sehr erheblicher grundsätzlicher Bedeutung.

Es handelt sich um die große Aktion gegen den Mantelvertrag, die der berühmte Dr. Schild, der Syndikus des Nordwestdeutschen Tischlerinnungsverbandes, mit eifriger Unterstützung des ganzen Heerhannes der Zünftler unternommen hat. Herr Dr. Schild hatte sich persönlich an den zentralen Verhandlungen beteiligt, die zum Vertragsabschluß führten. Hinterdrein bestritt er jedoch die Gültigkeit des Mantelvertrages mit der Begründung, daß sowohl der Arbeitgeberverband wie der von ihm vertretene Innungsverband als Spitzenorganisationen nicht tariffähig seien und daher der abgeschlossene Vertrag die Innungen und deren Mitglieder nicht binde. In Konsequenz dieser Auffassung strengte er als Vertreter der Tischlerzwanngsinnung Hannover einen Prozeß gegen unsere Verwaltungsstelle Hannover an. Er verlangte die Feststellung, daß der Schiedsspruch vom 5. Juni 1929 für die Tischlerinnung Hannover nicht wirksam sei. Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht gaben Herrn Dr. Schild recht. Das Reichsarbeitsgericht hat aber in der Sitzung vom 18. Dezember 1929 die Klage abgewiesen. Allerdings aus formalen Gründen. Die Klage hätte nicht gegen die Verwaltungsstelle Hannover, sondern gegen unseren Verband gerichtet werden müssen.

Herr Dr. Schild hat aber den Weg einer Feststellungsklage gegen unseren Verbandsvorstand nicht gewählt, sondern er suchte seinen Zweck auf andere Art zu erreichen. Er veranlaßte, daß in zahlreichen Fällen Innungsmeister ihren Lehrlingen die tariflichen Kostgeldsätze verweigerten. So wurden arbeitsgerichtliche Klagen provoziert, in denen von den Innungsvertretern noch andere, von Herrn Dr. Schild ausgeheckte Deduktionen geltend gemacht wurden, um die Ungültigkeit des Mantelvertrages zu erweisen.

Bekanntlich hat die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes den fertigen Vertrag am 2. Juni 1929 abgelehnt und die Bezirksorganisationen ermächtigt, ihrerseits abzuschließen. Diese Taktik wurde von unserem Verbandsbezirkliche Verhandlungen nicht mehr zu, er traf Anstalten, um den Kampf aufzunehmen, der nach der Ablehnung des Vertrages unvermeidlich schien. Nunmehr greift das Reichsarbeitsministerium ein, und am 5. Juni wurde durch einen verbindlichen Schiedsspruch das Verhandlungsergebnis bestätigt.

Die rechtliche Deduktion des Herrn Dr. Schild geht nun dahin, daß, wenn der Arbeitgeberverband auch vorher von seinen Unterverbänden und den ihm verbündeten Organisationen Vollmacht zum Verhandeln und zum Vertragsabschluß gehabt hätte, er diese Vollmacht durch den Beschluß vom 2. Juni zurückgegeben habe. Als er am 5. Juni den Schiedsspruch annahm und den Vertrag abschloß, habe er dazu keine Vollmacht gehabt. Deshalb sei der Vertrag ungültig und die Innungsmeister seien auch trotz der inzwischen vom Reichsarbeitsministerium ausgesprochenen Allgemeinverbindlichkeit nicht verpflichtet, den Mantelvertrag zu beachten, da er ja ungültig sei.

Die Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte, die sich mit den Klagen von Lehrlingen auf Zahlung des vertraglichen Kostgeldes zu beschäftigen hatten, ließen diese Deduktion nicht gelten, die beklagten Lehrmeister wurden regelmäßig verurteilt. Nur vor dem Arbeitsgericht Hannover hatte Herr Dr. Schild Glück. Hier wurde die Klage des Lehrkings abgewiesen mit der Begründung, daß der Arbeitgeberverband zum Vertragsabschluß die Vollmacht der Tischlerzwanngsinnung in Hannover nicht besaß. Auf die eingelegte Berufung hob das Landesarbeitsgericht Hannover am 22. Juli das Urteil des Arbeitsgerichts auf und verurteilte den Meister zur Zahlung des eingeklagten Betrages. Das Landesarbeitsgericht hat also den Mantelvertrag als rechtsgültig anerkannt. Die hiergegen eingelegte Revision hat nunmehr das Reichsarbeitsgericht am 3. Dezember verworfen.

Die Begründung des Urteils liegt noch nicht vor; die Zurückweisung der Revision bedeutet aber, daß auch das Reichsarbeitsgericht den Mantelvertrag als rechtsgültig ansieht. Man könnte diese Anerkennung angefaßt des bevorstehenden Ablaufs des Vertrages als minder wichtig ansehen, aber damit würde man der Bedeutung der Sache nicht gerecht. Sicher wird die Begründung des Urteils des Reichsarbeitsgerichts wichtige Feststellungen treffen, die für das Tarifvertragsrecht von großer Bedeutung sind. Ob und welche Konsequenzen sich über den materiellen Wert des jetzt endgültig anerkannten Anspruches des Lehrkings auf das tarifliche Kostgeld hinaus ergeben, kann erst geprüft werden wenn die Begründung des Urteils vorliegt. Auf die Sache wird also noch zurückzukommen sein.



# Holzindustrie



## Aus der Musikinstrumentenindustrie.

### VI. Arbeitsleistung.

Der Enquete-Ausschuß hat sich eingehend mit der Frage beschäftigt, ob und in welchem Umfange die bisher durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen zu einer Steigerung der Arbeitsleistung geführt haben. Auf Grund vorgenommener Befragung einiger größerer Firmen wird festgestellt, daß die Produktion je Arbeiter gestiegen ist, und zwar selbst in Fällen, in denen die Gesamtproduktion des Werkes erheblich zurückgegangen war. Die Leistungssteigerung ist zum Teil eine Auswirkung der Rationalisierungsmaßnahmen, zum Teil aber auch die Folge einer erhöhten Arbeitsintensität. Der Verband der Pianofortefabrikanten hat berichtet: „Das Mißverhältnis zwischen Kalkulationspreis und Verkaufspreis hat eine große Anzahl Betriebe veranlaßt, die Fabrikation weitestgehend zu rationalisieren, wobei es gelungen ist, die Zahl der Arbeitsstunden, die für die Herstellung eines Pianos einzusehen sind, zu ermäßigen. Es ist bisher jedoch nicht möglich gewesen, einen Durchschnittssatz für diese Einsparungen festzustellen, da die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben zu unterschiedlich liegen. Feststehend ist jedoch, daß die Stundenzahl, die in unserer Verbandskalkulation zugrunde gelegt wird, in einzelnen gut geführten Betrieben bis zu 20 Prozent unterschritten wird, wodurch die Herstellungskosten eine entsprechende Ermäßigung erfahren haben.“

Diese Ausführungen besagen deshalb nicht viel, weil nicht gesagt wird, von wann bis wann diese Leistungssteigerung erreicht worden ist. Vielleicht von 1927 auf 1928; denn gegenüber der Vorkriegszeit ist sie wesentlich größer, mindestens 100 Prozent. Aus einer Übersicht über die Bewegung von Arbeiterzahl und Produktionszahlen in einigen Klavierfabriken geht hervor, daß in manchen Betrieben im Vergleich zu 1913 die Zahl der hergestellten Instrumente gestiegen ist, obwohl weniger Arbeiter beschäftigt wurden als in der Vorkriegszeit. Es wird aber auch ein Betrieb erwähnt, wo das Gegenteil der Fall sein soll. Dabei kann es sich nur um ein Werk handeln, das zur Zeit der Befragung mit verkürzter Arbeitszeit arbeitete. Auch die Zahlen aus den anderen Betrieben lassen für diese die gleiche Vermutung zu. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, hat der Sachverständige Dr. Winkelmann (Firma Zeitter u. Winkelmann in Braunschweig) auf eine Anpassung von einem Arbeitervertreter festgestellt, indem er ausführte: „Von Anfang 1924 bis Ende 1925 stieg die Produktionsleistung um 65 Prozent, seither weiter bis auf 100 Prozent des Standes von 1924.“

### VII. Gesehungskosten.

Der Abschnitt über die Gesehungskosten in der Großmusikinstrumentenindustrie wird mit folgenden Sätzen eingeleitet: „Die Fragebogen über die Gestaltung der Selbstkosten, die an eine Anzahl von Firmen versandt wurden, haben die einzelnen Kostenfaktoren nicht voll klären können. Vor allem gelang es nur in Ausnahmefällen, die entsprechenden Daten für die Vorkriegszeit zu erhalten, so daß über die Wandlungen in den Gesehungskosten auf Grund der von der Industrie bereitgestellten Materialien ein abschließendes Urteil nicht gewonnen werden kann.“ Trotzdem heißt es ein paar Zeilen weiter: „Der Lohnanteil hat sich gegenüber 1913 etwas erhöht.“ Auf diese Frage kommen wir weiter unten noch zurück; hier sei nur festgenagelt, daß der Enquete-Ausschuß trotz seiner eben gemachten Feststellung, daß das ihm vorliegende Material über die Gesehungskosten ein Endurteil nicht erlaube, glaubt, über die Entwicklung des Lohnanteils ein abschließendes Urteil fällen zu können. Das ist freilich ein Fehlurteil geworden, wie wir noch sehen werden.

Aus der Klavierindustrie liegen von 6 Firmen Angaben über die Gesehungskosten vor, die in den einzelnen Kostengruppen so stark voneinander abweichen, daß man geneigt ist, hinter das Ganze ein großes Fragezeichen zu setzen. Der Rohstoffanteil schwankte im Jahre 1927 zwischen 24,2 und 47,3 Prozent! Das glaube, wer will. Die Vermutung, daß es sich bei der Firma mit den 47,3 Prozent Rohstoffanteil um eine Fabrik mit besten Markenfabrikaten handele, wird widerlegt durch die weitere Feststellung, daß der Lohnanteil in diesem Betriebe nur 23 Prozent beträgt; das ist weniger als der festgestellte Durchschnitt. Nach alledem wird man mit diesen Zahlenangaben am besten fertig, wenn man sie als Phantasieprodukte betrachtet. Der Anteil der „Soziallasten“ schwankte zwischen 1,2 und 2,7 Prozent, gegen 0,53 und 1,0 Prozent im Jahre 1913. Außerordentlich hoch ist der Anteil der Absatzkosten, nämlich von 1,3 bis 14,6 Prozent. Hier ist eine Erklärung für die hohen Gesehungskosten mancher Betriebe. Wie würde es besser werden, wenn viele Klavierfabriken dastehen, wenn sie in Berlin und in anderen Großstädten nicht wägen? Frankräume als Verkaufsläden unterhalten. Nach darüber wird gelegentlich noch einiges zu sagen sein, heute begnügen wir uns mit dieser Andeutung. Der Anteil der öffentlichen Abgaben (Steuern, Gebühren und Beiträge) schwankt zwischen 2,8 und 6,1 Prozent, gegen 1,2 und 2,8 Prozent im Jahre 1913. Sehr groß, aber glaubhaft, ist der

Unterschied beim Anteil der Kapitalzinsen, nämlich von 1,4 bis 14,9 Prozent. Im ganzen aber handelt es sich hier um sehr fragwürdiges Zahlenmaterial.

### VIII. Lohnanteil.

Den Lohnanteil hat der Enquete-Ausschuß durch eine Fragebogenerhebung und durch eine Spezialuntersuchung für einige führende Klavierfabriken festzustellen versucht. Dabei ist er, wie bereits erwähnt, zu dem Ergebnis gekommen, daß „der Lohnanteil sich gegenüber 1913 etwas erhöht hat“. In dem Abschnitt über den Lohnanteil am Produktwert heißt es: „Nach den gemachten Feststellungen scheint sich in der Pianofortefabrikation der Lohnanteil gegenüber der Vorkriegszeit nur unwesentlich verändert zu haben. Erhebliche Differenzen bestehen zwischen den einzelnen Qualitätsklassen. Bei den Markenfabrikaten ist der Lohnanteil höher als bei den billigen Instrumenten. Während er, von einer (im Bericht werden aber zwei Firmen mit einem Lohnanteil von weniger als 25 Prozent aufgeführt) Ausnahme abgesehen, in der niederen Klasse zwischen 25 und 30 Prozent schwankt, liegt er bei den Markenfabrikaten im wesentlichen zwischen 30 und 35 Prozent und steigt bei Qualitätsflügeln bis zu 50 Prozent. Die Sachverständigen der Unternehmerseite geben zu, daß der Lohnfaktor keineswegs die einzige Ursache der Steigerung der Gesehungskosten sei, behaupten aber, daß die Lohnserhöhungen alle Kostenvorteile der Rationalisierung aufgehoben hätten.“

Was die Arbeitervertreter auf diese Behauptung gesagt und an Gegenbeweise beigebracht haben, verschweigt der Enquete-Ausschuß. Mit Objektivität hat diese Berichterstattung nichts zu tun, auch nichts mit der Feststellung von Tatsachen.

Das Material, das der Enquete-Ausschuß über den Lohnanteil zusammengedrückt hat, ist mehr als lässlich. Wie bereits erwähnt, sind zwei Erhebungen gemacht worden: eine Fragebogenerhebung, an der sich 6 Klavierfabriken beteiligt haben, und eine Sondererhebung in 5 führenden Firmen. Die Untersuchungen in den 6 Betrieben ergaben Lohnanteile von zweimal 23 Prozent und je einmal von 25, 30, 34 und 43 Prozent. Wir halten die Angaben mit 34 und 43 Prozent für falsch, jedenfalls glauben wir so lange nicht an sie, bis uns ihre Richtigkeit schwarz auf weiß bewiesen wird. Es ist vielleicht möglich, daß einmal ein Instrument gemacht worden ist, bei dem infolge besonderer Arbeiten ein so hoher Lohnanteil herausgekommen ist, in der Regel ist er aber wesentlich niedriger. Auch in der Flügelfabrik, die über einen Lohnanteil von 50 Prozent berichtet, wird es sich um eine Ausnahme handeln.

Der Verband der Pianofortefabrikanten rechnet in seinen Kalkulationsbeispielen für ein einfaches Piano mit einem durchschnittlichen Lohnanteil von 28,2 Prozent. Gegen diese an Hand von Tatsachenmaterial aufgemachte Rechnung läßt sich nichts sagen. Bemerkenswert ist, daß diese Kalkulation für Betriebe aufgemacht ist, welche die Mechanik und die Klaviatur fertig kaufen, was ja fast durchweg der Fall ist; liefern diese Halbfabrikate im eigenen Betrieb hergestellt werden, ist der Lohnanteil am fertigen Klavier natürlich höher. Zu beachten ist ferner, daß der Lohnanteil an den Gesehungskosten berechnet ist und nicht an dem Händler- oder gar an dem Konsumentenpreis. In der Öffentlichkeit bringt man den Lohnanteil gewöhnlich mit dem Preis in Beziehung, den der Verbraucher für die Ware zahlen muß. Und da sind 28,2 Prozent Lohnanteil ein ganz ansehnlicher Betrag. Nehmen wir einmal an, der Lohnanteil in der Klavierindustrie betrage durchschnittlich 30 Prozent, dann ergibt sich für ein Instrument, dessen Gesehungskosten 635 M. betragen, folgende Rechnung: Verkauf der Unternehmer das Instrument mit 10 Prozent Gewinn, so beträgt der Lohnanteil am Händlerpreis 27 Prozent. Wenn der Händler das Instrument mit 30 Prozent Aufschlag verkauft, sinkt der Lohnanteil auf 21 Prozent, beträgt der Handelsaufschlag 40 Prozent, dann der Lohnanteil auf 19 Prozent, und bei 50 Prozent Handelsaufschlag sinkt der Lohnanteil auf 18 Prozent. Aus dieser Rechnung ist zu ersehen, was von der Behauptung, daß die Löhne an den unerschwinglichen Klavierpreisen schuld seien, zu halten ist.

Die Behauptung des Enquete-Ausschusses, daß „der Lohnanteil sich gegenüber 1913 etwas erhöht habe“, findet nicht einmal in dem ihm zur Verfügung stehenden Material eine Stütze. Aus der Klavierindustrie liegen aus 6 Betrieben Vergleichszahlen für die Vorkriegszeit (1913) und Nachkriegszeit (1927) vor. Von diesen 6 Firmen berichten drei, daß der Lohnanteil gefallen ist, und zwar von 41,0 auf 40 Prozent, von 34,0 auf 33,5 Prozent und von 31,5 auf 31,4 Prozent. In einem Betriebe ist er mit 34,0 Prozent geblieben, und in 2 Betrieben soll er sich erhöht haben, und zwar von 26 auf 23 Prozent und von 40 auf 43 Prozent.

Ganz anders sieht das Bild aus, wenn man die Entwicklung des Lohnanteils am Händler- und am Konsumentenpreis betrachtet. Dabei ergibt sich ein starker Rückgang des Lohnanteils. Dafür nur zwei Beispiele aus unserem Material: Der Lohnanteil am Händlerpreis sank in einem Falle von 31 auf 25 Prozent und am Konsumentenpreis von 26 auf 19 Prozent.

## Wie hoch ist der Handelsaufschlag im Klavierhandel?

Zu dieser Frage, die wir zuletzt in Nr. 44 der „Holzarbeiter-Zeitung“ behandelt haben, sind uns erneut mehrere Zuschriften zugegangen. Sie alle abzudrucken, geht aus Raumgründen nicht. Wir danken den Einsendern an dieser Stelle für ihr Interesse an unseren Ausführungen, die von dem Gedanken getragen waren, der so schwer daniederliegenden Klavierindustrie zu helfen.

Daß unsere Stellungnahme manchen Leuten, und insbesondere den Klavierhändlern, nicht gefallen hat, ist verständlich. Es ist ja auch nicht unsere Aufgabe, etwas zu schreiben, was diesen Herrschaften angenehm in die Ohren klingt. Unsere Aufsätze haben sie aber so erregt, daß sie einer sachlichen Antwort nicht mehr fähig sind. Wenigstens trifft das auf Herrn Krause, den Geschäftsführer des Verbandes der Klavierhändler (Sig. Dresden), zu. Herr Krause sendet uns eine von Schimpfereien und Verleumdungen strotzende Zuschrift mit der Bitte, diese wortgetreu in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. Wenn wir diesen Wunsch ablehnen, so mit Rücksicht auf die Klavierhändler selbst. Wir wollen verhindern, daß die große Öffentlichkeit von den geistigen und moralischen Qualitäten des Herrn Krause erfährt und daraus Schlüsse auf den ehrenwerten Klavierhändlerstand zieht. Daß die „Zeitschrift für Instrumentenbau“ die Schimpf- und Verleumdungsstationade des Herrn Krause veröffentlicht und dadurch das Ansehen der organisierten Klavierhändler untergraben hilft, wundert uns; aber die Redaktion hat wohl in dem Bewußtsein gehandelt, daß ihr Blatt nur im engsten Familienkreise des Klavierhändler-Verbandes gelesen wird und deshalb die Veröffentlichung großen Schaden nicht anrichten kann. Und der Verlag der „Zeitschrift für Instrumentenbau“ hat an dieser Veröffentlichung wohl auch noch ein finanzielles Interesse.

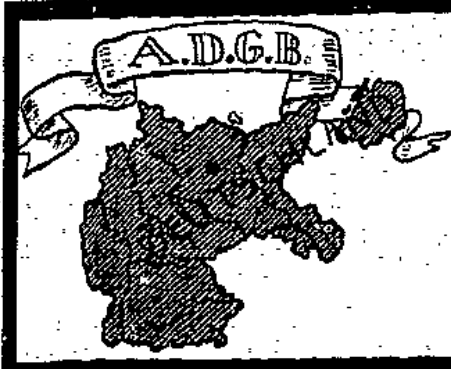
Die „Deutsche Instrumentenbau-Zeitung“, das Organ des Verbandes der Pianofortefabrikanten, beschäftigt sich in ihrer Nr. 22 mit unseren Ausführungen. Vielleicht dürfen wir die Redaktion der „Instrumentenbau-Zeitung“ bitten, die Theorien und die Grundsätze des Sozialismus als etwas zu betrachten, über das man nur reden und schreiben darf, wenn man es beherrscht. Ihre Bemerkung über den „Standpunkt einer sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft“ beweist uns, daß sie mit dieser Sache nicht vertraut ist. Zum Thema selbst bemerkt die Unternehmerzeitung:

„Es nicht genüge, die Höhe der Handelsspanne festzustellen und zu sagen, sie sei unbedeutend hoch und sie verteuere unnötig die Ware, man müsse auch prüfen, ob die Geschäftsunkosten des Händlers eine so hohe Handelsspanne erforderten. Das ist richtig, und wir selbst haben schon gesagt, daß es wahrscheinlich sei, daß der Klavierhändler einen so hohen Aufschlag, wie er allgemein üblich ist, nehmen muß, um bestehen zu können. Alles das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Handelsspanne den Klavierpreis so erhöht, daß er auch für den größten Teil des sogenannten Mittelstandes unerschwinglich ist. Oder wie wir leghin schreiben, „der Handel eine volkswirtschaftlich unvernünftige und vorwiegend kostspielige Sache ist“. Das wird wohl auch derjenige zugeben müssen, der, wie die Redaktion der „Instrumentenbau-Zeitung“, den „Handel als unentbehrlich und volkswirtschaftlich notwendig betrachtet“. Daß diese Ansicht im Unternehmertum nicht Gemeingut ist, geht daraus hervor, daß etwa ein Drittel der Klavierhändler von den Fabrikanten direkt, also unter Umgehung des Handels, verkauft wird. Und vielleicht ist es nicht ganz überflüssig, zu bemerken, daß es die bekanntesten und leistungsfähigsten Klavierfabriken sind, die in dieser Richtung bahnbrechend arbeiten. Daß diese sich dabei nicht vom „Standpunkt einer sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft“ leiten lassen, ist doch unbestritten. Also, etwas mehr Vorsicht bei solchen Behauptungen.“

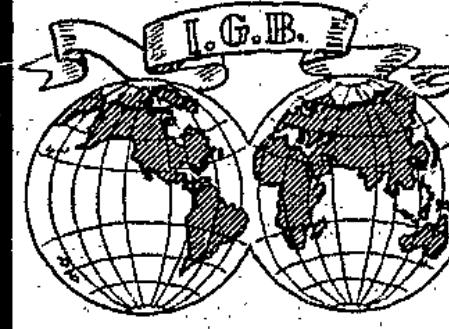
Was im Augenblick über den Handelsaufschlag noch zu sagen ist, werden wir in einer der nächsten Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“ im Zusammenhang mit der Besprechung des Berichts des Enquete-Ausschusses ausführen.

## Eine zukunftsreiche Erfindung.

Der Tischler Gustav Ritsche in Trebnitz (Schlesien) erhielt für seine Erfindung: „In ein Schüler-Schreibpult verwandelbarer Schranke“ das Reichspatent (D.R.P. Nr. 513 880). Der Gegenstand ist nach dem Gutachten verschiedener Persönlichkeiten ein sehr brauchbarer Hausartikel und zugleich auch für Schulen zu gebrauchen. Im größeren Maßstab findet das Möbelstück auch für Bureauzwecke Verwendung. Es handelt sich um einen durch zwei Hebelbewegungen in ein Schreibpult zu verwandelnden Schrank, wobei das Blatt in schräge Pultlage kommt und ein Lintenfahrbrett sich hinten anschießt; die Sitzbank wird mechanisch durch eine Hebelbewegung zum Gebrauch herausgeschoben, damit eine Person bequem sitzen und schreiben kann. Die Herstellung kann als Massenartikel auf rationellem Wege erfolgen. Das Modell der Erfindung befindet sich gegenwärtig in einer Ausstellung des Deutschen Erfindertages, Hamburg. Dasselbst sind auch die Patentunterlagen einzusehen. Interessenten mögen sich an diese Stelle wenden.



# Gewerkschaftsbewegung



## Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Auf dem kommunistischen Kongress, der unter der Bezeichnung 5. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale im August dieses Jahres in Moskau abgehalten wurde, ist beschlossen worden, mit gesteigerter Intensität an der Schwächung der deutschen Gewerkschaften zu arbeiten. Die kommunistische Mäxlerarbeit zur Untergrabung der Gewerkschaften soll mit erhöhtem Nachdruck geführt und bei passender Gelegenheit mit der Gründung kommunistischer Organisationen vorgegangen werden.

Unsere Gewerkschaften bedürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben der einheitlichen Zusammenfassung der für ihr Organisationsgebiet in Betracht kommenden Arbeiter. Mit dem Wachstum der Gewerkschaften und der erhöhten Bedeutung, die sie im öffentlichen Leben gewonnen haben, hat sich ihr Arbeitsgebiet erweitert, es ist vielseitiger geworden. Aber nach wie vor ist die erste und wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften die Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen für die Berufsangehörigen und die Abwehr von Verschlechterungen. Auf diesem Gebiet können die Gewerkschaften um so erfolgreicher wirken, je größer die Zahl ihrer Mitglieder ist. Die Gewerkschaften fragen nicht nach der politischen und der religiösen Überzeugung ihrer Mitglieder; in ihnen haben alle Arbeiter Raum, die von dem ehrlichen Willen erfüllt sind, mitzuarbeiten an der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse.

Dieser Einstellung entsprechend können auch Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften sein, die sich politisch zur kommunistischen Partei bekennen. Dabei kommen freilich orthodoxe Kommunisten, die sich streng an die Lehren halten, die von den Moskauer Konzilien verkündet werden, in einen Gewissenskonflikt. Nach diesen Lehren muß die Arbeiterbewegung in Deutschland die Förderung der Interessen der Machthaber in Moskau als ihr höchstes Ziel verfolgen. Diesen Interessen dient es, wenn auch Deutschland der Moskauer Diktatur unterworfen wird.

Unter den Anhängern der kommunistischen Partei gibt es viele, die sich durch die dort herrschende Tonart und den Nationalismus angezogen fühlen, der den kommunistischen Agitatoren eigen ist. Soweit sich diese kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder trotzdem die Fähigkeit bewahrt haben, in gewerkschaftlichen Fragen realpolitisch zu denken und die Dinge zu sehen wie sie sind, geraten sie in einen Zwiespalt. Sie müssen sich entscheiden, ob sie sich innerhalb der Gewerkschaften gewerkschaftlich betätigen oder im Sinne der kommunistischen Parolen arbeiten wollen. Wer das erstere wählt, wird, wenn er nicht selbst geht, aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Ein Schicksal, das schon manchem widerfahren ist. Andere, die sich von der kommunistischen Partei stärker angezogen fühlen, ziehen nicht die Konsequenz, aus der Gewerkschaft auszutreten. Sie bleiben in der Organisation und suchen in ihr eine gewerkschaftsfeindliche Tätigkeit zu entfalten. Die Gewerkschaften haben diesem Treiben lange mit großer Geduld zugehört. Nur zögernd hat man sich entschlossen, die ärgsten Schädlinge aus den Gewerkschaften auszuschließen. Die neue Schwelung in der kommunistischen Taktik muß dazu führen, daß gründlicher als bisher mit denen aufgeräumt wird, die die Gewerkschaften von innen heraus unterhöheln wollen.

Den Kampf in der Berliner Metallindustrie haben die Kommunisten als Vorwand benutzt, um entsprechend dem neuesten Moskauer Befehl einen eigenen kommunistischen Metallarbeiter-Berband zu gründen. In angeborener Bescheidenheit nennen sie ihren Organisationsplitter den „Einheitsverband“. Als der billige Jakob suchen die Mitglieder durch niedrige Beiträge zu gewinnen. Für 20 Pf. Beitrittsgeld und 80 Pf. Wochenbeitrag können Facharbeiter die Mitgliedschaft erwerben, Hilfsarbeiter haben es noch viel billiger. Der kommunistische Verband will nur Streik- und Gemahregelienunterstützung zahlen. Man kann ruhig abwarten, wie sich dieser „Einheitsverband“ betätigen wird. Es ist nicht schwer, vorauszusagen, daß diese Organisation, sofern sie überhaupt Bestand hat, sehr bald in die Lage kommen wird, entgegen den kommunistischen Parolen, sich gewerkschaftlich zu betätigen oder aber, und das ist das Wahrscheinlichere, er wird ein kommunistischer Distriktsklub sein, ohne gewerkschaftliche Bedeutung.

Zugleich mit der Gründung des kommunistischen Metallarbeiter-Berbandes hat die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition neue Richtlinien über den organisatorischen Aufbau herausgegeben. In ihnen heißt es: „Die Fraktionsarbeit der K.O. in den reformistischen Verbänden muß mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.“ „Aus den Richtlinien“ ist zu entnehmen, daß es sich bei der Revolutionären Gewerkschaftsopposition um eine besondere Organisation mit Mitgliedslisten, Eintrittsgeld und wöchentlichen Beiträgen handelt, die innerhalb der „reformistischen“ Gewerkschaften ausgeübt werden soll. Wir wollen hier auf die Richtlinien nicht weiter eingehen. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Zugehörigkeit zu dieser

Organisation unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

Es ist für die Gewerkschaften gewiß nicht angenehm, sich mit Schädlingen in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen zu müssen. Am allerwenigsten jetzt, wo der konzentrierte Angriff des Unternehmertums den Zusammenhalt der Arbeiterschaft doppelt notwendig macht. Aber gerade die Notwendigkeit, die Kräfte zu sammeln, um eine wirkungsvolle Abwehr zu organisieren, zwingt dazu, das eigene Haus von schädlichem Ungeziefer zu reinigen. Die seither geübte Nachsicht ist über vergolten worden. Mit der kommunistischen Fraktionsstätigkeit in den Gewerkschaften muß nun gründlich aufgeräumt werden.

## Tabakarbeiter und Tabaksteuer.

Zu der geplanten erhöhten Steuerbelastung des Tabaks hat der Tabakarbeiter-Berband in einer am 9. November abgehaltenen Tagung Stellung genommen. In der angenommenen Entschließung heißt es: „Vorstand, Ausschuss, Beirat und Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiter-Berbandes wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Mehrbelastung, die dem Tabak und den Tabakerzeugnissen in völlig einseitiger Weise wieder aufgebürdet werden soll. Die von der Reichsregierung beantragte Erhöhung des Tabakzolls und der Tabaksteuern, die im strikten Widerspruch zu dem allgemeinen Verlangen nach Preisentzug und Arbeitsbeschaffung steht, muß sich für das gesamte Tabakgewerbe, insbesondere aber für die 170 000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie, geradezu katastrophal auswirken. Tausende und aber Tausende von Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeitern, die zu einem nicht geringen Teil in Gebieten ohne jede andere Erwerbsmöglichkeit anständig und tätig sind, oder infolge körperlicher Gebrechen usw. keine andere Arbeit verrichten können, werden für immer aus dem Produktionsprozess scheiden müssen oder zu lang anhaltender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verurteilt sein, wenn die Regierungsvorlage Gesetzeskraft erlangen sollte. Aus diesem Grunde beauftragen und ermächtigen die versammelten Funktionäre des Deutschen Tabakarbeiter-Berbandes ihren Vorstand, alle nach Lage der Verhältnisse erforderlichen Schritte zu unternehmen, um das der Tabakarbeiterschaft drohende Unheil abzuwehren oder aber, sofern das nicht möglich sein sollte, das Allerschlimmste zu verhüten.“

## Personalien aus der Gewerkschaftsbewegung.

Am 2. November starb der frühere Vorsitzende des Zentralverbandes der Angestellten, Carl Giebel. Er hat nur ein Alter von 52 Jahren erreicht. Giebel war der Gründer des Verbandes der Krankentassenbeamten, der sich im Jahre 1908 mit dem Verband der Bureauangestellten vereinigte. Dieser ging im Jahre 1919 in den damals gegründeten Zentralverband der Angestellten auf. Von 1912 bis 1928 war Giebel Mitglied des Reichstages. Er betätigte sich hier besonders auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Im Jahre 1924 erlitt er einen Schlaganfall, von dem er sich nicht wieder erholt. Seit dem Jahre 1927 befand er sich im Ruhestand.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum konnte am 1. November August Heitmann, der Hauptkassierer des Bekleidungsarbeiter-Berbandes, feiern. Er hatte schon lange ehrenamtlich im Schneider-Berband in Kiel und in der gewerkschaftlichen Agitationskommission für Schleswig-Holstein gewirkt, als er im Jahre 1905 in das Hauptbureau des Schneider-Berbandes berufen wurde. Seit dem Jahre 1908 ist er Hauptkassierer der Organisation, die sich inzwischen zum Bekleidungsarbeiter-Berband umgewandelt hat. Heitmann hat sich auch sehr lebhaft kommunalpolitisch betätigt; zurzeit ist er Mitglied des Preussischen Landtags.

Eine der markantesten Erscheinungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist Fritz Müntner, der am 6. November seinen 60. Geburtstag begehen konnte. Er hat als Sattler gelernt. Im Jahre 1906 wurde er Hauptkassierer und später Redakteur im Sattler-Berband. Im Jahre 1911 trat er in den Dienst des Gemeindearbeiter-Berbandes, zunächst als Gauvorsitzer. Im Jahre 1919 wurde er Vorsitzender dieses Verbandes. Seit dessen Verschmelzung ist er neben Oswald Schumann Vorsitzender des Gesamtverbandes.

Der Sekretär des Metallarbeiter-Berbandes, Otto Handke, beging am 12. November sein 25jähriges Dienstjubiläum. Er wurde nach längerer ehrenamtlicher Tätigkeit vor 25 Jahren zum Zweiten Bevollmächtigten der Berliner Verwaltungsstelle der Metallarbeiter gewählt, woran dann Bezirksleiter in Schlesien und ist seit 1921 Sekretär im Vorstand des Metallarbeiter-Berbandes.

Wertvolle Arbeit für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, ohne dabei mit seiner Person stark in den Vordergrund zu treten, hat Karl Hermann geleistet. Nach 22jähriger Tätigkeit im Statistischen Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist er in den Ruhestand getreten. Hermann gehörte früher dem Vorstand des Schuhmacher-Berbandes an. Im Jahre 1908 wurde er zum Leiter des Statistischen Bureaus der Generalkommission berufen und hat sich um die Entwicklung der gewerkschaftlichen Statistik große Verdienste erworben.

## Freie und christliche Gewerkschaften.

Die weitaus stärkste Gewerkschaftsgruppe sind die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengefaßten freien Gewerkschaften, die am Schlusse des Jahres 1929 4 948 267 Mitglieder zählten. In weitem Abstand folgen die christlichen Gewerkschaften mit 792 827 Mitgliedern, während die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften mit ihren 192 196 Mitgliedern nur eine ganz bescheidene Rolle spielen.

Die Gewerkschaften sind nicht im ganzen Reichsgebiet gleichmäßig verteilt, insbesondere haben die christlichen Gewerkschaften einige Gebiete, die ihre Hauptstützpunkte sind, während sie in anderen nur sehr spärlich vertreten sind.

Wir geben nachstehend eine Übersicht über die Verteilung der Mitglieder der freien und der christlichen Gewerkschaften auf die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke am Schlusse des Jahres 1929, die wir der christlichen Monatschrift „Deutsche Arbeit“ entnehmen.

	Zahl der Mitglieder		Zahl der Mitglieder	
	Freie Gewerkschaften	Christl. Gewerkschaften	Freie Gewerkschaften	Christl. Gewerkschaften
Ostpreußen (einschl. Danzig)	95 973	37 505	Sachsen	270 916
Schlesien	284 950	52 952	Mitteldeutschland	410 971
Brandenburg	577 109	24 902	Sachsen	674 486
Pommern	80 295	9 006	Bayern	354 879
Nordmark	381 488	13 422	Südwestdeutschl.	288 970
Niederlande	291 648	29 522	Saargebiet	30 786
Rheinland u. Westf.	503 299	350 184	Zusammen	4 240 368
				792 827

Die genannte Zeitschrift bemerkt dazu, daß die Angaben hier und da einer Korrektur bedürfen, da die freien Gewerkschaften Angaben für Bezirke machen, die sich nicht immer ganz mit den Grenzen der Landesarbeitsamtsbezirke decken. Die Liste der freien Gewerkschaften weist aber noch eine andere Unstimmigkeit auf. Sie führt nur 4 240 368 Mitglieder, während die Gesamtmitgliederzahl 4 948 267 beträgt. Es handelt sich um die nach dem Jahrbuch des ADGB zitierte Übersicht über die Ortsausschüsse des ADGB. Ein erheblicher Teil der Mitglieder der freien Gewerkschaften wird von den Ortsausschüssen nicht erfasst.

Obwohl alle Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gezählt sind, von den freien Gewerkschaften aber ein nicht unerheblicher Teil fehlt, umfassen diese in fast allen Bezirken ein Vielfaches der Zahl der christlichen Gewerkschaftsmitglieder. Eine Ausnahme macht nur das Saargebiet, wo die christlichen Gewerkschaften 42 519, die freien Gewerkschaften aber nur 30 786 Mitglieder zählen. Etwa die Hälfte der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften entfällt auf Rheinland-Westfalen, aber die freien Gewerkschaften sind auch hier bedeutend stärker. Durchaus irrig ist auch die Annahme, als ob die christlichen Gewerkschaften in Bayern eine größere Bedeutung hätten, hier sind die freien Gewerkschaften fast fünfmal so stark.

Das Stärkeverhältnis verschiebt sich noch zuungunsten der christlichen Gewerkschaften, wenn man nur die Mitglieder in den Großstädten in Betracht zieht. Auch hier folgen wir der Zusammenstellung in der „Deutschen Arbeit“, welche die folgenden Angaben über die Mitglieder in den Ortsausschüssen und Ortskartellen macht:

	Zahl der Mitglieder		Zahl der Mitglieder	
	Freie Gewerkschaften	Christl. Gewerkschaften	Freie Gewerkschaften	Christl. Gewerkschaften
Berlin	393 564	7 858	Kiel	30 783
Hamburg	213 395	1 998	Bochum	13 834
Köln	62 421	24 618	Gelsenkirchen	14 777
München	81 201	13 187	Salze a. d. S.	25 449
Leipzig	118 756	3 179	Kassel	35 230
Dresden	180 240	1 935	Angsburg	21 419
Breslau	68 885	5 333	Aachen	13 500
Effen	31 502	28 775	Braunschweig	27 894
Frankfurt a. M.	67 446	5 708	Karlsruhe	14 135
Düsseldorf	31 722	10 469	Erzurum	16 054
Hannover	71 609	2 960	Krefeld	17 091
Münster	60 820	6 083	Mülheim a. d. R.	4 643
Düsseldorf	29 552	5 387	Saarbrücken	7 066
Essen	61 643	1 600	Lübeck	24 022
Chemnitz	65 791	905	Gladbach-Rheydt	13 246
Dortmund	26 201	15 307	Münster	17 744
Bremen	51 129	1 012	Münster	28 967
Magdeburg	52 642	919	Münster	2 785
Königsberg i. Pr.	30 193	888	Oberhausen	4 793
Duisburg	22 505	9 689	Witten	18 035
Stettin	33 285	743	Ludwigshafen	11 680
Mannheim	24 755	2 867		

Nach dieser Liste haben die christlichen Gewerkschaften nur in den Städten Aachen, Gladbach-Rheydt und Münster mehr Mitglieder als die freien Gewerkschaften. Die Übersicht bestätigt die Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften eine Minderheitsorganisation sind. Die große Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft will von einer Trennung der Gewerkschaften nach religiösen Gesichtspunkten nichts wissen. Wenn auch für absehbare Zeit an eine Verschmelzung der Gewerkschaften verschiedener Richtung nicht zu denken ist, so besteht doch kein Zweifel, daß in einheitlichen Organisationen die Interessen der Arbeiter viel wirksamer wahrgenommen werden könnten.

## Der nächste Gewerkschaftskongress.

Der im Jahre 1931 fällige 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, der zugleich der 4. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist, wird auf Beschluß des Bundesvorstandes am 31. August 1931 in Frankfurt am Main eröffnet werden.



# Unterhaltung und Wissen



## Begeisterung.

Heißenden Strömen wird auch die Liebe nicht fehlen, Lieber zuviel als zuwenig Schwung; In kleinen Herzen, in niederen Seelen Wohnt keine Begeisterung.

Frida Schanz.

Das sind wohl die ärmsten Menschen unter der Sonne, die sich vom Strudel des Lebens, tatenlos treibend, in den Abgrund drängen lassen. Die da müßig zuschauen, wie ihre Hoffnung auf Rettung immer mehr verblaßt. Dem Leben glauben sie nicht und den Tod wähen sie fern. Fast sinnlos verbringen sie ihre Freizeit. Außer der Berufspflicht kennen sie weiter keine moralischen Forderungen. Wenn sie nur ihr Elend einmal recht bedenken würden, die Unterschiede in der Welt, das Wesen der Armut, den Prunk des Reichthums...

Müßten sich dann nicht die Augen der jetzt noch Abseitsstehenden öffnen, müßte dann nicht der Blick Offenbarungen bringen? Vielleicht Aber doch. Wer könnte sich dann noch als Schaffender der Erkenntnis verschließen? In der Welt lebt noch zuviel an Ungerechtigkeiten, als daß ich mich jetzt schon ausruhen könnte auf den Lorbeeren von Vorkämpfern, welche der heutigen Welt, trotz vieler Dürftigkeit, doch schon das Gepräge einer sozialistischen Gesellschaft gaben.

Würde nicht eine brennende Empörung einsehen, wenn die Unterdrückten begreifen lernten: Hier sind die Quellen der Not, dort der Grund alles Leidens. Erkennen ist der Schlüssel zur Vormacht. Ohne Erkenntnis keine Wahrheit, ohne Willen kein Sieg. Aber die Begeisterung darf dabei nicht fehlen. Lieber zuviel als zuwenig Schwung! Nur nicht immer so zagend und ängstlich sein. Warum die Masse Volk in ihrer ureigensten Kampfstellung um Besserung ihrer miserablen Lebenslage es wieder und wieder an der großen, erfolgverheißenden Begeisterung fehlen läßt, ist, an der Notlage gemessen, unbegreiflich. Für alle möglichen und unmöglichen Helden bringt man Begeisterung auf, sollte es da nicht möglich sein, in arme Herzen das Funkelein Entflammens schleudern zu können? Zu hellem Brande müßte es werden und alles Kleinliche und Hinderliche hinwegbrennen, was heute noch schwach macht.

Ohne Begeisterung jedoch ist ein Sieg schlecht zu erachten, sie ist Notwendigkeit im Kampfgeschehen und liegt über den, der nicht begeistert ist. Nicht die Gewalt der Arme, noch die Tüchtigkeit der Waffen, sondern die Kraft des Gemüths ist es, welche Siege erkämpft!

Ein Mensch ohne Begeisterung ist wie ein Körper ohne Seele. Er wandelt auf der Welt umher, erduldet, erträgt alles, schimpft höchstens dann und wann mal über das gleichtönende Dasein, hat nichts, woran er sich erbaut, woran er sich aufrichten kann, worin er rechte Lebensstimmung finden könnte.

Arm im Herzen ößt er dahin. Nicht allein ist er. Leider sind mit ihm noch Gleichgültige, die das größte Hemmnis der vorwärtsstrebenden Arbeiterorganisationen sind. Diese Gleichgültigen spielen zwar die Unbeachteten, über die das Rad der Zeit hinwegrollt, die jedoch durch ihre Laubheit den strebenden Arbeitern das Dasein vergällen.

Wer vom Leben nicht mehr fordert als ein Quälen von der Geburt bis zum Tode, der ist nicht wert, in der heutigen Zeit sich der Sonne erfreuen zu dürfen, der ist nicht wert, wenn er genannt zu werden, weil ihm das erhabenste aller Wesen fehlt: die Seele.

Fühlt aber einer noch in sich dies Unnennbare, dann kann er nicht ohne Begeisterung für eine Sache sein, die ein Stück des Daseins zum Opfer fordert. Dies Gefühl wird ihm die Fähigkeit verleihen, selbstbewußter zu denken und selbständiger zu handeln, mit anderen Worten: Er wird sich Ziele stecken und Mithelfer am Befreiungswerke werden. Nicht nur Schwärmer, sondern Latenmensch. Daß alle Arbeiter so werden, wollen wir mit unserer Begeisterung bewirken, die nicht milde werden darf, den Fortschrittswagen vorwärtszu stoßen. Die Gewalt des Vorgesetzten muß den Sieg gewährleisten!  
E. Fabian.

## Im klingenden Tal.

Weit abseits vom Großstadtgetriebe, im äußersten Zipfel des Freistaates Sachsen, liegen die Musikinstrumentenstädte Klingenthal und Markneukirchen mit vielen, zum Teil eng zusammenhängenden Nachbargemeinden. Landschaftlich sind alle diese Orte ein herrliches Stück Erde. Klingenthal ist von steil ansteigenden, bewohnten Bergen umgeben. Wer von hier eine gute Stunde über die Berge in südwestlicher Richtung wandert, landet in Markneukirchen.

Wenn man in früheren Jahren um die jegige Jahreszeit durch die Straßen der Bezirke Klingenthal und Markneukirchen ging, lang an allen Häusern emsiges Schellen. In Klingenthal und Umgebung hörte man ein Zilpen und Klirren, das durch das Stimmen der Harmoniklagen entsteht. Wohl in der ganzen Welt gibt es kein zweites, so einzigartig klingendes Tal. In Markneukirchen und in seinen Nachbarorten drangen Geräusche von Sägen, Hobeln und Hämmern auf die Straße; viele tausende Hände waren bei der Herstellung von Streich-, Zupf- und Blasinstrumenten. Auf allen Postämtern und Güterbahnhöfen herrschte reger Verkehr. Patete und

Risten wurden gebracht und verladen nach den verschiedensten Orten Deutschlands und der ganzen Welt. Das Weihnachtsgeschäft 1930 ist ruhiger, viel ruhiger als das früherer Jahre. Ja, es herrscht eine geradezu unheimliche Stille.

Vor dem Weltkriege waren um diese Jahreszeit im Klingenthaler Bezirk die Fabriken bis tief in die Nacht hinein erleuchtet. 12 bis 14 Stunden war die normale Arbeitszeit in den Betrieben, 16 und mehr Stunden in der Heimarbeit. Männer, Frauen und Kinder arbeiteten von früh bis spät, froh über das gute Weihnachtsgeschäft. Freilich sie, die Arbeiterfamilien, haben davon nie mehr als ein paar Mark gehabt, die gerade ausreichten, um eine „Weihnachtstolle“ zu backen, um die allernötigsten Kleidungsstücke anzuschaffen, und manchmal fielen auch noch einige Groschen für ein Spielzeug für die Kinder ab.

Auch in den ersten Nachkriegsjahren hatte die Mund- und Ziehharmonikaindustrie noch flott zu tun. Im Jahre 1926 setzte die Krise ein, die im Jahre 1930 einen katastrophalen Umfang erreicht hat. Geht man heute durch die Straßen des Bezirks, so sieht man viele leerstehende Werkstätten und Fabriken, und in den anderen Betrieben sind viele, viele Arbeitsplätze unbefüllt. Und in den Heimarbeiterwohnungen ruhen die Hände. Sie haben nichts mehr zu tun.

In der Klingenthaler Harmonikaindustrie wurden in der Vorkriegszeit etwa 2500 Betriebsarbeiter beschäftigt, dazu kamen 5000 Heimarbeiter und ein Heer von Kindern. Gegenwärtig haben noch knapp 1600 Betriebsarbeiter einigermaßen Beschäftigung und von den Heimarbeitern haben vielleicht noch 2800 Arbeit. In der Vorkriegszeit wurden im Monat mehr als 2 1/2 Millionen Stück Harmonikas aller Art hergestellt, zurzeit aber höchstens noch 1 Million. Diese Zahlen sprechen Bände.

Auch im Markneukirchner Bezirk sieht es schlimm aus. Etwa 7000 Männer und Frauen finden hier in normalen Zeiten als Musikinstrumentenarbeiter Beschäftigung. Davon arbeiten 3000 in Betrieben, die Mehrzahl also sind Heimarbeiter oder „selbständige Gewerbetreibende“. Bei den 4000 Heimarbeitern sind die mithelfenden Familienangehörigen bereits mitgezählt. Hergestellt werden alle Sorten Streich-, Zupf- und Blasinstrumente. Über den Umfang der Produktion liegen zuverlässige Angaben nicht vor. Einen gewissen Anhalt geben die Ausfuhrzahlen: Im Jahre 1929 wurden 65 000 Geigen, 2200 Celli und sonstige Streichinstrumente, 48 000 Zithern, 80 000 Gitarren und sonstige Zupfinstrumente und 20 000 Holzblasinstrumente ausgeführt, und zwar nach allen Ländern der Welt. Der Abfall im Inland ist nicht bekannt, es sind aber verschiedene tausend Stück.

Die Arbeitslosigkeit war noch niemals so groß wie jetzt. Zu den 500 arbeitslosen Instrumentenmachern werden in den nächsten Wochen und Monaten noch einige hundert hinzukommen. Die Absatzkrise zieht ihre Kreise immer weiter. Selbst alteingesessene Firmen gehen kaputt. Auf allen Gesichtern steht die bange Frage: Wann wird das Geschäft wieder besser?

## Kennst du das auch?

Vor Warenhäusern, die Palästen gleichen, Stehst du mit deinem blassen, schwächigen Jungen. Das Ailtagsglied der Sorge ist verklungen Hier, wo sich Kunst und Geld die Hände reichen.

Schmüchigen Blicks betrachtest du die Herrlichkeiten Vom feschen Sportkostüm bis zur brokatnen Hülle Und mächtest einen kleinen Teil nur dieser Fülle Um deine dünne, ladsenscheinige Kleidung breiten.

Sieh, dicht daneben ist das Reich der Kleinen Mit ungezählten, wunderschönen Sachen.

... Nein, Junge, da ist nichts für uns zu machen! Mein Beutel ist zu klein; du mußt nicht weinen!

So geht es weiter: Schmuck und weiche Felle, Knallrote Autos, elegante Zimmer, Dies alles und viel mehr noch ist zur Stelle Und lockt und blendet dich mit seinem Schimmer.

Du träumst: Dein halbes Leben sank in Not. Wenn nun die andre Hälfte dich beglückte Und aus dem Schatten in die Sonne rückte? — Du würdest dich kaum sehnen nach dem trocknen Brot!

So ganz im Sinnen kehrst du heim — Und jäh erwachen graue Wirklichkeiten. Du siehst den Mörtel von den Wänden gleiten Von niedrer Decke hängt der Fliegenleim.

In jedem Winkel hocken die Gespenster, Leid, Hunger, Not und Sorge sind die Namen. Ein zäher Nebel braut vor deinem Fenster. Wie ein Symbol füllt er den engen Rahmen...

Du sitzt am wackeligen Tisch. Mit roten Händen Schälst du Kartoffeln, diese Speise aller Tage. Doch wie ein Messer schneidet in dein Herz die Frage: Wird dieser krasse Gegensatz nie enden? Marie Schulz.

## Das Rasse Klingensunder.

Läßt man eine stumpfe Rasterklinge etwa vier Wochen unbenutzt, so regeneriert sie sich wieder, sie wird scharf und kann neuerdings benutzt werden. Legt man sich eine Mappe von 21 Rasterklingen an, von denen man täglich je eine benutzt und an ihre Datumstelle wieder in die Mappe zurücklegt, so kann man die Rlingen mehrere Monate lang benutzen, ohne sie neu schleifen zu müssen. Worauf beruht diese Erscheinung?

Unterm Mikroskop zeigt die Rasterklinge eine nicht völlig gradlinige Form, auch wenn sie nicht gebraucht ist. Doch sind die Einbuchtungen klein. Eine gebrauchte Klinge aber zeigt zahlreiche Risse von wechselnder Gestalt. Aus diesen Rissen heraus „wächst“ der Stahl durch einen Vorgang, den man mit dem Kristallwachstum vergleichen kann — der vielleicht auch letzten Endes ein Anwachsen kleiner Eisenkristalle vorstellt —, die hinzuwachsenden, sehr dünnen Schichten stellen an sich eine neue Schärfung vor, sie verflinnen zudem noch den Rand, von dem sie entsprungen sind. Dadurch wird die Klinge neuerdings scharf. Aber diese Schärfe ist stets etwas „tragend“, weil die Schneide uneben bleibt. Die vorschließenden Teilchen füllen nämlich die durchs erste Rastieren entstandenen Einbuchtungen teilweise ganz aus, so daß die durch Riegen scharf gewordene Klinge nicht so gradlinig begrenzt ist wie eine neue. Immerhin kann man auf solche Weise die gleiche Klinge mehrmals benutzen und spart daher im Laufe eines Jahres eine beträchtliche Summe.

## Pfeifenmoden.

Die Pfeife ist heute in der Welt der Raucher gegen die siegreiche Zigarette in den Hintergrund getreten, kann aber mit der Zigarre immer noch wetteifern, wenigstens in manchen Ländern. Diese älteste Form des Rauchgenusses tritt deshalb nicht so stark in die Erscheinung, weil so mancher sich mit ihr nur innerhalb seiner vier Wände vergnügt, während er im Freien oder in der Bahn zu der unvermeidlichen Zigarette greift. Aber es gibt immerhin noch eine ganze Anzahl Verehrer des „göttlichen Krautes“, die sich von diesem Gefährten nie trennen und ihn am liebsten immerfort zwischen den Zähnen halten möchten. Solche Erscheinungen, mit denen die Pfeife verwachsen zu sein scheint, findet man häufiger in England und Amerika als bei uns. Es gibt Pfeifenraucher, die einen so harten Biß haben, daß der Ulkraft ihrer Zähne nur ein Mundstück von Silber auf die Dauer standhält. Auch die Pfeifen haben ihre Moden und blicken auf eine 300jährige Geschichte zurück, in der sich ihre Form und Art mannigfach geändert hat. Die ersten Pfeifen bestanden aus allem möglichen Material, aus Stein, Terrakotta, Porzellan und Holz. Die „Friedenspfeifen“ der Indianer sind Meisterwerke der Schnitzerei, die heute als kostbare Sehenswürdigkeiten in den Völkerkundemuseen aufbewahrt werden. Im Osten herrscht noch heute die Wasserpfeife, die das Aroma des Tabaks mit dem gewisser Dülte vermischt. Sie war auch bei uns in der Vorkriegszeit allbeliebt, und überhaupt nahmen die Pfeifen früher nicht selten riesige Dimensionen an, während man sich heute immer mehr auf die kleine „Shagpfeife“ beschränkt. Zum echten Bruder Studio gehörte in den Tagen des Barocks, da die Pfeifenpfeife so reich blühte, ein riesiges Rohr, das er auch auf der Straße ebensowenig ablegte wie den Schlafrock, und mit dem er bei etwaigen Keilereien fürchtbare Schläge auszutellen wußte. Die großen Porzellanköpfe waren bemalt und mit schönen Sprüchen geziert, und eine größere Sammlung solcher Pfeifenpfeifen gehörte zum Inventar des echten Mannes. Der Dandy um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bevorzugte die Meerschampfeife, während die einfache Tonpfeife, die die Holländer in Mode gebracht hatten und die auch Könige und Fürsten in den „Tabakskollegien“ benutzt hatten, allmählich verschwand. Der teure Meerschamp wurde durch schöne Schnitzereien noch kostbarer gemacht, und die Meerschampfeife war ein Zier- und Wertstück, das man hochhielt. — Heutzutage ist neben der Meerschamp- und der Tonpfeife die alte Holzpfeife, die die ersten Anhänger des Rauchens aus der Neuen Welt mitgebracht hatten, wieder mehr in den Vordergrund getreten. Aber die Holzart, aus der der Tabak am besten schmeckt, sind die Weinungen geteilt. Aber immer mehr erobert sich die Herrschaft die „Brunnenpfeife“, die aus dem Holz der Heidewurzel hergestellt wird. Eine wirklich gute Pfeife dieser Art ist ein kleiner Schatz, denn Heidewurzel von vortrefflicher Qualität ist nicht so häufig anzutreffen. Die Wurzeln, die von einem großen und alten Heidestrauch stammen müssen, werden im Süden Frankreichs, auf Korsika und in Algier, ausgegraben, und der Vorrat ist nicht groß genug, um die stets wachsende Nachfrage zu befriedigen. Es lassen sich auch nicht so rasch neue Heidesträucher heranzüchten, da die Wurzeln zu ihrer Entwicklung einer längeren Zeit bedürfen.

Verteidigung. Einem Angeklagten, der bei kleinen Leuten eingebrochen hat, hält der Richter vor, wie gemein es sei, sich gerade solche Opfer auszuwählen. — Der Angeklagte verteidigt sich: „Ja hab' halt jedacht wie unsere Regierung: Bei de Kleinen is am leichtesten wat zu holen!“

Bücher und Zeitschriften.

Wirtschafts- und Arbeitslosigkeit. Volkswirtschaftlich dargestellt von Erik A. P. K. Nach einem Vortrag, gehalten in der Freien Sozialistischen Hochschule in Berlin am 8. November 1930. J. S. W. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin SW. 68. 32 Seiten. 30 Pf. — In unseren sturmbelegten Tagen, in denen die Quacksalber des Kommunismus und Nationalsozialismus durch die Anpreisung ihrer Eisenhart-Kuren die sozialen Äußer der Zeit zu heilen suchen, trägt die lebendig und volkstümlich geschriebene Schrift Naphthalis eine klare, durch ein reiches wissenschaftliches Tatsachenmaterial gestützte Erkenntnis des Krisenproblems in die breiten Volksmassen hinein. Viele Erkenntnisse sind aber die notwendige Grundlage für die Heilung der Krisenschäden.

Die Heidenwurzelpfeifen und deutsche Patentsantäuspfeifen. Und diese 13 Pfeifen wandern durch einige 30 Wälder: durch aristokratische und proletarische Wälder, durch Seemanns-, Soldaten- und Kleinbürgerwälder. Aus den Schiffsäden dieser Tabakpfeifen lernt man den nationalen Charakter verschiedener Menschen kennen.

sein als eine Mode. Er ist eine notwendige Ergänzung unseres täglichen Lebens. Aber es kommt darauf an, wie Sport getrieben wird. Das Buch weiß darüber viel und Gutes zu sagen. Es ist ein wertvolles Übungsbuch für das tägliche Training des Mannes und der Frau.

Zentralrententasse der Tischler usw., Hamburg

Abrechnung der Hauptkasse für November 1930. Einnahme ..... 80 172,05 Mk. Ausgabe ..... 15 909,42 Mk. Mehreinnahme 14 262,63 Mk.



Lindcar-Fahrräder- und -Nähmaschinen sind das schönste Weihnachtsgeschenk

Kleinste Raten! Beste Ausführung! Winterrabatt auf alle Herren- und Damenfahrräder 10%, auf unsere Kinderfahrräder 5%

Bezug durch unsere Niederlagen, durch sämtliche Ortsausschüsse des ADGB, sowie direkt durch das Lindcar-Fahrradwerk AG., Bln.-Lichtenrade - Unternehmen der freien Gewerkschaften.

Sti-Fabrikation

Größeres Holzbearbeitungswerk Mitteldeutschlands - beabzichtigt, die Herstellung von Etern aufzunehmen, und sucht erfahrenen, tüchtigen Stichter oder Stellmacher, der mit dem Biegen und der Bearbeitung der Stichter, etc. und fertig, jahrelang genau vertraut ist. - Zuschriften unter D. 15 an den Verlag dieser Ztg.

Alle vorwärtsstrebenden Kollegen sind Leser des Fachblatt für Holzarbeiter

Leimöfen, Furnierböcke fabriziert als Spezialität, Preisl. gratis, Paul Ott, Stuttgart, Hermannstrasse 13.

Sprechmaschinen, Doppelteller, Facette, Tonarm, Aluminium-Schalldose, Bremse, zus. 12,80 RM C. M. LOSKE Hamburg 13, Schröderstrasse 2b.

Umsonst

senden wir Ihnen auf Verlangen illustrierten Katalog über Iny. und chirurg. Gummwaren.

Sanitätshaus „Medico“, Nürnberg 2

Wacholderbeersaft seit alters her anerkannt als Blutreinigungsmittel. Liefert 4-kg-Dosen oder 12 Fl. 6 Mk. franko Laboratorium E. Walther, Halle-Trotha 84

Hobelbänke 70RM 2m lg., 40cm Pl., Stahlsp., in Qualität, Blatt feste ged. Korb. Preisl. gratis. Karl Rasmann, Firma, Artilleriekaserne

Gummwaren Gummiartikel, Preisliste 0 gratis „Medico“ Seite 63, 68, Die Jakobstraße 2.

Billigste Bettfedern aus reinen gänzlich. Sorten. - Ein Kilo ganz geschlossene 3 Mk., halbweil 4 Mk., weisse 5 Mk., bessere 6 Mk., 7 Mk., Gänseweil 8 Mk., 10 Mk., beste Sorte 12 Mk., 14 Mk., weisse geschlossene 15 Mk., 16 Mk., beste Sorte 11 Mk. Versand gratis. Köhler gegen Nachnahme. Muster frei. Umarmungs- und Rücknahme gratis. Bestellen Sie bei L. B. Schöner, Lohes Nr. 122 bei Pilsen, Böhmen.

Hobelbänke in Qualität, säubere Anschaffung. Blatt in Gestell und Korb. Korbstärke 100 cm. Blattlänge 200 cm. Stahlsp. in. Bestellen Sie bei L. B. Schöner, Lohes Nr. 122 bei Pilsen, Böhmen.

Almanach 1931

Taschenkalender für Holzarbeiter sollten alle Kollegen anschaffen. Er ist in Ganzleinen gebunden. - Preis für Mitglieder eine Mark beim Bezug durch die Ortsverwaltung

Leim- und Furnieröfen fertigen als Spezialität. 44. - Mk. an. Preisliste kostenlos. Lieferung franko. Gebr. Bettinger, Freiburg i. B. I.

Innungs-Tischler-Fachschule in Beckum (Westf.) Prospekt frei durch die Leitung Höhner & Kraft

Original-süddeutsche Hobelbänke 82 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel. Werkzeug-Neuheiten. Preisliste gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Kehlleisten-Sperrholz auch kl. Mengen. Katalog BM 2 gratis. Berliner Kehlleisten- und Sperrholzkonzern G. m. b. H. - Verkaufsstellen: 1. Berlin S 42, Wassertrasse 9 2. Berlin O 27, Andreasstrasse 31 3. Berlin N 65, Ghaussee-Strasse 91 4. Berlin N 58, Schönhauser Allee 42 Telefon: F 1, Moritzplatz 2246 und 2287

PHOTO-GELEGENHEIT

Wir haben ständig neue und gebrauchte Photoapparate als Gelegenheit auf Lager. Monatlich erscheint eine 8seitige Liste dieser Gelegenheitskäufe, die kostenlos und unverbindlich verschickt wird. Haben Sie nicht auch Interesse an unserem 138 Seiten starken Hauptkatalog? Teilzahlung ohne Aufschlag. Verlangen Sie heute noch dessen Zusendung.

PHOTO-PORST / NÜRNBERG

Lorenzplatz 108b Deutschlands größtes Photo-Spezialhaus

Hausuhr-Werke

in allen Preislagen nach Katalog von ROBERT HUSBERG, NEUENRADE (WESTFALEN) 10a.

Sage Deinem Betriebsleiter PORA = PURNIERUNGSMITTEL, Casein-Kaltleim

Zweck: das selbsttätige Zinkzulegen-Reinigungsmittel bedeuten Geldersparnis, Arbeitserleichterung. - Anklärungs-schriften und Proben kostenlos. Pora wird in mehr als 12000 Betrieben, in führenden Grossbetrieben verwendet. - Schreiben Sie bitte an PORA-WERK PAUL SCHROT, BAD SOUDEN - ALLENDORF

Sprechmaschinen-Laufwerke

z. Selbst- la Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stück 30-cm-Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Mattem, Gummunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25-cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelkappbügelarm, la Aluminium-Schalldose nur Mark 26,-. Versand per Nachnahme, Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

ROBERT HUSBERG, Neuenrade Nr. 10

Sommer weiße Zähne. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir haben immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, unanweh, da wir schon längere Zeit des Chlorodont-Markwaffers benutzen. Auch benutzt die ganze Familie von Chlorodont-Zahnpaste. Ich empfehle die ganze Familie von Chlorodont-Zahnpaste. Ich empfehle die ganze Familie von Chlorodont-Zahnpaste. Ich empfehle die ganze Familie von Chlorodont-Zahnpaste.

Josef Witt, Weiden (Oberpf.)

Ältestes und größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands mit eigenen Webwaren-Fabriken!

31472 Spindeln in eigener Spinnerei 1496 Webstühle in eigenen Webereien 2000 Arbeiter und Angestellte 400 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren sind im letzten Jahre eingeflossen.

900 000 Nachbestellungen

erhielt ich von meinen allen Kunden im letzten Jahre. Diese nachweisbaren Tatsachen sind der natürlichste Beweis meiner enormen Leistungsfähigkeit, sowie der außergewöhnlichen Billigkeit und Güte meiner Waren. Durch einmalige Bestellung sind Sie berechtigt, an meinen verschiedenen Unterpreisangeboten teilzunehmen. Wollen Sie die enormen Vorteile nicht nur anderen überlassen, wollen Sie selbst Nutzen und Ersparnisse, dann schreiben Sie mir heute noch, was Sie wünschen, von folgendem

Ausnahme-Angebot!

- 11 Baumwollgewebe, ungebleicht, feinfädig, leichte Sorte, für einfache Vorhänge usw., 70 cm br., p. Meter 0.11
12 Baumwollgewebe, ungebleicht, bessere, dichtere Sorte, 78 cm breit per Meter 0.24
13 Vorhangstoff, sog. Gardinen, aus feinen Garnen, m. ech. indanthrenfarb. schönen Streifenmuster, 70 cm br., p. Mtr. 0.26
14 Handtücher, schwere Strapazierqualität, 40 cm breit, ... per Meter 0.38
15 Baumwolltuch, ungebleicht, feinfädig, haltbare Sorte, 78 cm br., p. Mtr. 0.38
16 Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwundliche Spezial-Qualität, 78 cm breit, ... per Meter 0.58
17 Hemdentuch, weiß gebleicht, gute, geschlossene, mittelfeinfädige, sehr solide Qualität, 78 cm breit, p. Meter 0.48
18 Hemdentuch, rein weiß gebleicht, mittelstarkfädig, dicht geschlossene, vorzügliche Qualität, für sehr gute Wäschestücke geeignet, 80 cm breit, per Meter 0.58
19 Hemdenflanell, gute, sehr haltbare, besonders reißfeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift, 72 cm brt. 0.48
20 Hemdenflanell, echt indanthrenfarbig gestreift, außerordentlich haltbare, fast unzerstörbare, kräftige Qualitäten, fast unverwundlich im Gebrauch, 77 cm breit, per Meter 0.68
21 Ungebleichtes Baumwolltuch, kräftig, fast unverwundlich im Gebrauch für strapazierbare Bettücher geeignet, 160 cm breit, ... per Meter 1.35
22 Damastantücher, weiß, Macco-Ausrüstung, mit Hohlsaum, feinfädig, gute, sehr beliebte Qualität, 30-mal 30 cm ... per 1/2 Dutzend 0.84
23 Wildtuch, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar, 45 mal 45 cm, per 1/2 Dutzend 0.94
24 Frottehandtücher, aus gut. Kräuselstoff, m. schönen, eingewebt. Mustern, Größe 45 mal 100 cm, p. Stück 0.88
30 Schlafdecken, gut verwendbare Gebrauchsdecke, Größe 115 mal 165 cm, per Stück 1.30
26 Schlafdecken, kamelhaarfarb, strapazierbare, milde, warme Sorte, mit schöner Bordüre, Gr. 130 mal 180 cm, per Stück 3.25

Bis auf weiteres noch 10% Rabatt auf diese Preise!

Anstelle des Rabattes wird auf Wunsch kostenlos beigelegt: 1 gute, haltbare Schlafdecke oder 7 m haltbare, zurückgesetzte Stoffe oder 1 gutgehende Wand- oder Standuhr. Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.- an, portofreie Lieferung von Mk. 20.- an. Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, daß Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten außergewöhnlich günstig erhalten haben.

Josef Witt, Weiden 392 (Oberpf.) Webwarenfabriken Webwarenversand